

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
23. Juli 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Wer zahlt die Zeche?  
— Der Geburtentückgang in Berlin. Von Mathilde Wurm. — Die  
Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. IV. Von Anna Bloß. — Ein  
wichtiger Arbeiterinnenkampf. Von R. H. — Kann die Bürde der  
Hausfrau erleichtert werden? Von Th. L. — Der Budapestter Kon-  
gress des Weltbundes für Frauenstimmrecht. Von e. r.  
Aus der Bewegung: August Staden, Moritz Schröter † — Frauen-  
agitation und -organisation im Bezirk Görlitz. — Aus den Organi-  
sationen. — Jahresbericht der Stettiner Genossinnen. — Bericht  
der Kinderschuttkommission für Groß-Stettin. — Politische Rund-  
schau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossen-  
schaftliche Rundschau. Von H. F.  
Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische  
Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Frauen-  
stimmrecht.

Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im  
„Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage  
abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend  
erlaubt, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Dele-  
gierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen,  
damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen  
können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokal-  
komitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

**H. Leber, Jena, Magdelsstieg 3.**

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch  
das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Der Parteivorstand.

## Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivor-  
stand den diesjährigen Parteitag auf

**Sonntag, den 14. September, abends 6 Uhr**

nach dem Volkshause in Jena ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitags wird  
am 14. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung und die  
Wahl der Mandatsprüfungskommission soll am Montag, den  
15. September, zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
  - a. Allgemeines. Referent Genosse Scheidemann.
  - b. Kassenbericht. Referent Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent Genosse H. Schulz.
4. Malfeier. Referent Genosse Ebert.
5. Steuerfrage. Referenten Genossen Wurm und Dr. Südekum.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und  
des Ortes, an dem der Parteitag 1914 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag  
— die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen —  
rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach  
§ 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst  
eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteioorganisationen müssen spätestens am  
12. August im Besitz des Parteivorstandes, Adresse:

**W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstraße 3,**

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2  
des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden  
und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den

## Wer zahlt die Zeche?

Die ungeheuerlichste Militärvorlage, die je ein kapitalisti-  
scher Staat aufgebracht hat, ist in Deutschland endgültig zum  
Gesetz geworden. In der Sozialdemokratie herrscht allgemein  
das Gefühl, daß die Masse des deutschen Proletariats diesen  
Faustschlag des Imperialismus nicht genügend pariert, daß  
sie ihre Abwehraktion nicht bis zu der Höhe gesteigert hat,  
die dem Angriff der herrschenden Klassen angemessen ge-  
wesen wäre. Doch wie immer die Kundgebungen des Prole-  
tariats während der parlamentarischen Kämpfe um die  
Militärvorlage hätten gestaltet werden können, eine Tatsache  
steht fest. Das neue Militärgesetz bleibt von nun an für die  
nächste Zeit der wichtigste Gegenstand unserer dauer-  
nden Agitation. Wir müssen uns klar darüber sein, daß mit  
diesem Militärgesetz uns neue große Aufgaben zugefallen  
sind, denen wir uns um jeden Preis gewachsen zu zeigen  
haben.

Wohl die dringendste dieser Aufgaben besteht darin, daß  
wir in den Massen die gefährliche Illusion zerstören, als ob  
dank dem Wehrbeitrag und einer ganz armeneligen Besitz-  
steuer — der Vermögenszuwachssteuer — die Kosten der  
neuen Rüstungen auf die herrschenden Klassen abgewälzt  
wären. Sehen wir davon ab, daß der Wehrbeitrag vorerst  
nur ein einmaliges „Opfer“ ist, das den Besitzenden im  
Anmeldejahr des Jubiläumjahres abgepreßt werden konnte,  
und daß die Besitzsteuer mit samt den übrigen neuen  
Deckungsabgaben nur Lappalien ergibt im Vergleich mit  
dem ständigen Gesamtaufwand, den der Moloch des deutschen  
Militarismus und Marinismus fordert. Bleibt nicht die  
Frage: Wer wird in letzter Linie die Zeche bezahlen? Doch  
niemand anders als die Massen des fronenden Volkes. Dies  
in zweifacher Weise. Wenn die Besitzenden aus ihren Taschen  
auch nur das geringste Opfer auf dem Altar des kapitalisti-  
schen „Vaterlandes“ niederlegen müssen, so ist das vor allem  
ein neuer starker Antrieb und ein Grund mehr für sie, um  
nach neuen indirekten Steuern zu schreien und zu drängen.

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Legitilarbeiter- u. -arbeiterinnen-Vereins sind.



Für jeden Pfennig, den die Krantjunfer und Schlotjunfer von ihren „wohlerworbenen“ Reichtümern heute als Wehrbeitrag hergeben, werden sie morgen mit verdoppeltem Ungeftüm eine Entschädigung in Gestalt stärkerer Belastung des Massenkonsums heißen. Derselbe militärfrome Reichstag, der jetzt sogar von der freisinnigen Presse das „bewilligungsfreudigste Parlament der Welt“ genannt worden ist, wird bei der nächsten Gelegenheit auch zu neuen Zöllen und Steuern auf Lebensmittel und Genussmittel der Ärmsten seinen Segen geben. In welcher Form und in welchem Maße dies geschieht, ist lediglich eine Zeitfrage. Die „neue Ära“, die angeblich mit dem Wehrbeitrag für Deutschland angebrochen sein soll, wird sich im besten Falle als eine Reihe abwechselnder direkter und indirekter Neubelastungen entpuppen. Dabei wird jedes „Opfer“ der Besitzenden ein Sporn und Grund mehr sein, die Besitzlosen die Kosten des Imperialismus mit Zins und Zinseszinsen durch Verteuerung des Notwendigsten entgelten zu lassen.

Aber die herrschenden Klassen haben noch einen unmittelbaren Weg, um sich für ihren bescheidenen Beitrag zum „Schutz“ des kapitalistischen Vaterlandes reichlich schadlos zu halten. Das, was die Agrarier wie die industrielle Bourgeoisie als ihr „Opfer“ bezeichnen, ist doch nichts anderes als ein lächerlich kleiner Brocken der ungeheuren Schätze, die sie aus der Arbeit ihrer Lohnsklaven herausköpfen. Nur ein winziges Teilchen des Mehrwerts, den die Ausbeuterklasse dem Proletariat jahrein jahraus abpreßt, ist es, was hier von den Mehrwertskludern „geopfert“ wird. Nun, die an der Quelle sitzen, verstehen sich wohl aufs Schöpfen. Was sie heute von ihrer Beute haben fahren lassen müssen, werden sie morgen mit all der Kunst und Liebe wieder einzubringen wissen, die den Ausbeutern zur anderen Natur geworden ist. Die Herren werden den Lohnarbeitern und -arbeiterinnen neue Daumenschrauben anlegen, die Peitsche des Aufpassers noch rücksichtsloser schwingen lassen, Überstunden noch häufiger fordern, Strafen und all die zahllosen kleinen Schikanen noch virtuoser handhaben als bisher. Das alles aber zu dem edlen Zweck, die Arbeitsleistung zu strecken, die Ausbeutung intensiver und raffinierter zu gestalten. Am Schluß aller Rechnungen werden es die arbeitenden Volksmassen sein, die die gesamte erdrückende Last des Militarismus nach wie vor zu tragen haben.

So ist die Behauptung ein Irrtum, daß die materiellen Kosten der militaristischen Orgie auf die Besitzenden abgewälzt wurden, und die Aufklärung über diesen Irrtum tut not. Doch ein noch dringenderes Interesse der Arbeitermasse heißt, daß diese ganze Orgie überhaupt nicht vom Standpunkt der Geldeingaben allein, sondern in der Gesamtheit ihrer sozialen Wirkungen zu betrachten ist. Auch wenn die gesamten Kosten des Militarismus aus lauter direkten Besitz- und Einkommensteuern gedeckt würden — könnte dies nur um ein Zota die Tatsache ändern, daß es die Volksmasse ist, auf die das System des heutigen Militarismus mit all seiner zermalnenden Wucht fällt? Wer die wirklichen Kosten des Militarismus trägt, auf diese Frage gab gestern das Erfurter Schreckensurteil Antwort, darauf antworten heute die Grenel des Balkankriegs, darauf antworten jeden Tag die Soldatenmißhandlungen. Nicht mit dem lezten vom Munde gerissenen Bissen allein zahlt die Masse der Arbeitenden für den heutigen Militarismus. Sie zahlt dafür auch mit ihrem Blute, mit ihrem Leben, mit ihrer Menschenwürde und mit ihrer sozialen Verfallung. Die Familienräter, die in Erfurt in ihrer bürgerlichen Existenz von dem ehernen Fuß einer barbarischen Militärjustiz wie Würmer zertreten worden sind; die Tausende und aber Tausende Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, die jetzt als verwesende Leichen auf den Schlachtfeldern des Balkan liegen; die anderen Tausende, die verstümmelt vor Schmerzen in den elenden Krankenbaracken stöhnen: alle diese wirklichen Opfer des Militarismus sind Fleisch vom Fleisch der arbeitenden Volksmassen. Und wenn die Zeitungen jetzt fast täglich neue

Gerichtsverhandlungen über Soldatenschinder im deutschen Heere bringen — ein schwaches Echo nur der wirklichen Martern an Leib und Seele, die von dem deutschen Soldaten unter der Fuchtel des Kasernendrills erduldet werden —, so sind es wieder nur Söhne des arbeitenden Volkes, die hier als Opfer fallen.

Endlich aber und vor allem: der Militarismus ist der Todfeind der aufstrebenden Arbeiterklasse und ihres Befreiungskampfes, denn er ist ein Werkzeug der Klassenherrschaft, eine Waffe, die sich gegen „den inneren Feind“ kehrt. Durch das neue Wehrgesetz hat dieser Todfeind einen neuen riesigen Machtzuwachs gewonnen. 136 000 Söhne des Volkes mehr wird er zu seinen blinden Werkzeugen entwürdigen. Die hüdnische Ergebnisheit der liberalen Parteien beweist, daß seine Position im Lager der herrschenden Klassen moralisch gestärkt worden ist. Der Anstoß ist da zur weiteren ungeheuren Entwicklung des Militarismus in anderen Ländern. Was besagt das alles zusammen? Doch nichts anderes als Verschärfung der Klassenherrschaft in der ganzen kapitalistischen Welt.

Auf den neuen Machtzuwachs der Ausbeutenden muß die Arbeiterklasse in Deutschland mit einem Machtzuwachs der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften antworten. Nicht durch imponierende Zahlen der Mitglieder allein, vielmehr auch durch Erhöhung des Kampfes in unseren Reihen, durch stärkeren Troß in der Abwehr und größere Kühnheit im Angriff, durch den Übergang zur Offensive in der gesamten Politik, durch Massenaktionen in großen Augenblicken und Entscheidungsschlachten. Nur so kann die deutsche Arbeiterklasse den schweren Schlag parieren, den ihr der vortwärtsstürmende Imperialismus versetzt hat. Die Fadel des kapitalistischen Völkerhasses und der Klassenherrschaft, die er über unseren Häuptern schwingt, soll durch unsere Agitation zur Brandsadel des revolutionären Klassenkampfes und der sozialistischen Bewegung werden.

## Der Geburtenrückgang in Berlin.\*

Das soeben erschienene Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin\*\* gibt eine ausführliche Darstellung der Geburten und der Säuglingssterblichkeit. Die Darstellung umfaßt einen Zeitraum von fast hundert Jahren, von 1816 bis 1910, teilweise sogar bis 1912, und ist von einer Vielseitigkeit, wie sie die Berliner Statistik bis jetzt noch nicht ausgezeichnet hat. Neben den Gesamtangaben sind ausführliche Tabellen vorhanden, die darstellen, wie sich Geburt und Sterblichkeit der Säuglinge verteilt auf die Geschlechter, auf die einzelnen Monate, auf die Ernährungsweise, die Stadtbezirke und die Lage der Wohnungen, ob Vorder- oder Hinterhaus, Keller oder vier Treppen. Das einzige, was man zur Ergänzung dieser außerordentlich ausführlichen Statistik noch wünschen möchte, wären Mitteilungen über Beruf und Einkommen der Eltern der Säuglinge, Erhebungen, wie sie in verschiedenen anderen Städten, so in Bremen, Breslau und Königsberg, gemacht worden sind. Wenn sich auch im großen und ganzen gerade in Berlin aus der örtlichen Lage einer Wohnung

\* Die Frage des Geburtenrückgangs und der damit in Zusammenhang stehenden Erscheinungen und Strömungen ist so wichtig, daß wir sie in diesem Blatte eingehend behandeln werden. Das muß aber auf Grund weitestgehender Studien geschehen, die noch nicht abgeschlossen sind. Inzwischen veröffentlichen wir Beiträge, die wertvolles Tatsachenmaterial zur Beurteilung der Frage geben oder auch grundsätzliche Gesichtspunkte dazu. Am nicht mißverstanden zu werden, betonen wir, daß wir die prinzipielle Auffassung der Genossin Wurm teilen.

\*\* Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 32. Jahrgang, enthaltend die Statistik der Jahre 1908 bis 1911 sowie Teile von 1912. Im Auftrag des Magistrats herausgegeben von Professor Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. P. Stankiewicz G. m. b. H.



Schlüsse ziehen lassen auf die soziale Stellung ihrer Bewohner, so leben doch auch in den hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Stadtbezirken zerstreut Wohlhabende. Ein ganz zuverlässiges Bild der wirtschaftlichen Lage kann deshalb nur erreicht werden durch die von uns gewünschten Angaben.

Das Hauptinteresse unter den vielen interessanten Zahlen, die das Jahrbuch bringt, dürfte sich wohl der Statistik der Geburten zuwenden. Steht doch im Augenblick der ständige Rückgang der Geburtenzahl im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Die Aufschlüsse, die die Berliner Statistik hierüber gibt, bestätigt die für das ganze Reich festgestellte Erscheinung: in dem fast hundertjährigen Zeitraum hat zwar die Geburtenziffer häufige Schwankungen erfahren, aber vom Jahre 1877 an bis zum heutigen Tage ist sie — mit wenigen Ausnahmen — ständig gesunken. Die Senkung, die sich bis zum Beginn dieses Jahrhunderts relativ langsam vollzogen hat, ist von da an eine rapide geworden. Die höchste Zahl der Lebendgeborenen wurde im Jahre 1876 mit 45,4 auf 1000 Einwohner erreicht; heute haben wir noch nicht die Hälfte davon zu verzeichnen. 1906 kamen auf 1000 Einwohner von Berlin 25,04 Lebendgeborene, 1907: 24,63; 1908: 23,88; 1909: 22,42; 1910: 21,45; 1911: 20,84.

In dem zehnjährigen Zeitraum von 1901 bis 1910 hat die Gesamtzahl der ehelich Lebendgeborenen um 18,4 Prozent abgenommen. Und dieser Rückgang ist hauptsächlich verursacht durch die Verminderung der Geburten von dritten, vierten und noch mehr Kindern. Von 1901 bis 1910 ist die Zahl der ehelich Lebendgeborenen zurückgegangen: bei den ersten Kindern um 11,4 Prozent, bei den zweiten um 14,2 Prozent, bei den dritten aber um 23,1 Prozent, also um mehr als das Doppelte wie bei den Erstlingen. Eine ganz ausführliche Darstellung dieser Vorgänge gab Professor Dr. Silbergleit bereits in den statistischen Monatsberichten von Groß-Berlin, 3. Jahrgang, 1912, Heft 7: „Der Geburtenrückgang in Berlin“. In dem Text, der die Tabellen erklärt, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren eine Vermehrung der Ehen festgestellt worden ist, wonach eine Vermehrung der Geburten zu erwarten gewesen wäre. Allein das Gegenteil hiervon ist eingetreten.

Daß die an sich niedere Geburtenzahl namentlich durch den verminderten Kindersegen in den wohlhabenden Schichten der Berliner Bevölkerung ihre Erklärung findet, erhellt aus einer Berechnung der Geburtenziffern für die einzelnen Stadtteile. Ausgeschlossen von dieser Statistik sind auswärtige, aber in Berlin entbundene Wöchnerinnen oder solche, die in Berlin einen festen Wohnsitz nicht hatten. Doch konnte dieser Grundsatz nicht immer durchgeführt werden. An einer Stelle ist besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Zunahme der Lebendgeburtenziffer im Standesamtsbezirk XII A (Friedrich-Wilhelm-Stadt, Tiergartenvorstadt und östliches Moabit) zurückzuführen ist auf eine Anzahl größerer und kleinerer Privat-entbindungsanstalten, für die eine Ausscheidung auswärtiger Wöchnerinnen nicht möglich war.

Wie sich also die Geburten auf die Stadtbezirke verteilen, wird durch folgende Stichproben gezeigt. Auf 1000 der Bevölkerung kamen Lebendgeborene:

Stadtteil	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Berlin, Köln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt . . . . .	11,63	9,46	11,94	10,60	10,08	10,10
Tempelhofer Vorstadt, östlich . . . . .	21,68	19,65	20,23	21,14	20,33	19,99
Stralauer Viertel, nordöstlich . . . . .	—	31,52	29,32	25,67	26,18	25,05
Rosentaler Vorstadt, nordwestlich . . . . .	34,97	37,39	34,13	30,61	28,78	26,72
Wedding . . . . .	34,72	35,81	—	30,25	27,83	26,26
Luisenstadt diesseits des Kanals, Neukölln . . . . .	15,88	15,82	14,67	14,56	13,72	13,33

Setzt man die Geburtenziffer der Stadt Berlin für das Jahr 1906 gleich 100, so stellt sich ihre Senkung für die folgenden Jahre so dar: 1907: 98,2; 1908: 95,3; 1909: 88,3; 1910: 84,2; 1911: 81,5. Die Lebendgeburtenziffer hat demnach in fünf Jahren um 18,5 Prozent abgenommen.

Sinkt die Zahl der ehelich Lebendgeborenen ständig, so steigt der Anteil der unehelich Geborenen seit dem Jahre 1890. Von 1816 bis 1890 war — mit einigen Ausnahmen — der durchschnittliche Anteil der unehelich Geborenen an den Geburten überhaupt im Sinken begriffen. In den ersten Berichtsjahren 1816 und 1817 betrug er 19 bis 20 Prozent, sank bis 12,3 Prozent im Jahre 1890, um dann wieder rasch zu steigen. So betrug er 1906: 17,6 Prozent; 1907: 18,6 Prozent; 1908: 19,3 Prozent; 1909: 20 Prozent; 1910: 20,9 Prozent; 1911: 22,2 Prozent. Aber auch absolut steigt die Zahl der unehelich Lebendgeborenen, indes die Zahl der ehelichen fällt. Die Zahl aller Geborenen sank von 53 395 im Jahre 1906 auf 44 834 im Jahre 1911; die der unehelichen allein stieg in dem gleichen Zeitraum von 9414 auf 9938. Was sich aus der Verteilung der Geburten auf die verschiedenen Stadtteile bereits deutlich erkennen läßt, wird durch die Zunahme der unehelichen Geburten bestätigt: die an sich geringe Zahl und der steigende Rückgang der Geburtenziffer fällt weit mehr den wohlhabenden Bevölkerungsschichten zur Last als den unbemittelten. Vergleicht man nur zwei Stadtteile: Friedrichswerder und Rosentaler Vorstadt, so zeigt sich, daß die Frauen der Wohlhabenden noch nicht die Hälfte der Kinder zur Welt bringen wie die Frauen der Unbemittelten. Das Steigen der unehelichen Geburten hat eine ihrer wesentlichen Ursachen in der Erschwerung der Eheschließungen durch die nun schon seit Jahren andauernde Teuerung.

Solange der Geburtenrückgang noch nicht so auffällig in Erscheinung trat und sich auf die Kreise der Wohlhabenden beschränkte, haben sich die herrschenden Klassen nicht weiter darüber aufgeregt. Ein Rückgang des Truppenkontingents oder der industriellen Reservearmee und des Streikbrecherheeres war als Folge nicht zu befürchten. Nun aber, da an dem Sinken der Geburtenziffer auch das Proletariat seinen Anteil hat, fängt man in allen Kreisen an, das Problem des Geburtenrückganges zu untersuchen. Die Literatur darüber ist riesig angeschwollen. Heute und hier sei die eine Seite der Frage vorweggenommen: Was bedeutet der Geburtenrückgang für die proletarische Frau?

Die Anschauung, als ob der Geburtenrückgang der Frau eine Hebung ihrer Lage bringe, hat vielfach Wurzel geschlagen, und das auch unter den Genossinnen. Aber auch in dieser Frage und gerade in ihr trennt sich die sozialdemokratische Auffassung von der bürgerlichen. Ob die einzelne Frau und Mutter entlastet wird von der großen Sorge, der körperlichen und geistigen Aufreibung eines häufigen Wochenbetts, das kann nur dann für die Allgemeinheit von Bedeutung sein, wenn diese Entlastung dazu verhilft, die Lage der Frauen, der Arbeiterklasse überhaupt wirtschaftlich und sozial zu bessern. Daß die Verminderung der Geburten aber nicht von dieser Wirkung begleitet ist, hat die Lage der französischen Arbeiterklasse schon längst bewiesen. Das Zweikindersystem ist in Frankreich sehr weit verbreitet, doch hat sich in der Folge hier weder die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gebessert, noch die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen gehoben. Wir hören nichts von einer höheren Entlohnung der Frauenarbeit in Frankreich oder von der Anerkennung politischer Rechte für das weibliche Geschlecht.

Mag das einzelne Elternpaar auch zwei Kinder besser ernähren und erziehen können als sechs, so bleiben doch nichtsdestoweniger Eltern und Kinder genau demselben kapitalistischen Ausbeutungsregime unterworfen, die ihre Klasse drückende politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit



bleibt bestehen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Täuschungen über die Bedeutung vermindelter Kinderzahl zu nähren, sie liegt vielmehr darin, mit aller Macht auf eine Besserung der Arbeiterschutzgesetze und sozialer Reformen überhaupt hinzuwirken. Ein ausreichender Wöchnerinnenschutz und Säuglingsschutz, wie die sozialdemokratischen Anträge ihn forderten und wie ihn die Reichsversicherungsordnung nicht bringen sollte, steht an der Spitze dieser Forderungen. Gesunde Wohnungen, öffentliche Spiel-, Turn- und Badeplätze für die Kinder gehören zu ihnen, und nicht zuletzt eine Herabsetzung aller Lebensmittelpreise durch Beseitigung der Zölle, indirekten Steuern und Grenzsperrern.

Reformen auf der ganzen Linie sind die notwendigen Voraussetzungen für die Hebung der Geburtenziffer. Schränken die Wohlhabenden die Kinderzahl ein teils aus Bequemlichkeit, teils um ihren Reichtum zusammenzuhalten, so geschieht es bei den Unbemittelten aus dem harten Mangel der Not des Nichternährenkönnens. Aber noch niemals hat die Arbeiterklasse Erfolge und Fortschritte errungen durch Verzicht — und die Einschränkung der Kinderzahl bedeutet einen ganz wesentlichen Verzicht auf Gegenwartsfreuden und Zukunftshoffnung der Werktätigen. Erfolge und Fortschritte für das Proletariat werden auch nicht erreicht durch die materielle Besserstellung der Einzelfamilien, sondern durch den Kampf der Klasse, der zur Erfüllung unserer sozialpolitischen Forderungen zwingt, die die proletarischen Massen und ihren Nachwuchs zu gesunden, kräftigen und widerstandsfähigen Menschen machen sollen.

Das Problem des Geburtenrückganges zwingt die Frauen, sich mit den Fragen der Erwerbstätigkeit, der wirtschaftlichen und politischen Stellung des weiblichen Geschlechts noch eingehender zu beschäftigen als bisher. Die bürgerliche Auffassung dagegen, daß die Herabsetzung der Geburtenzahl die Lage der Arbeiterklasse zu bessern oder gar zu ändern vermöge, müssen wir mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die Gleichberechtigung erringt die Frau nicht durch weniger Kinder, sondern aller Reaktion zum Trotz durch ihren energischeren und ausgedehnteren Kampf, dessen treibende Kraft ihre wirtschaftliche und politische Unentbehrlichkeit in Staat und Gesellschaft ist. *Mathilde Wurm.*

## Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Blos.

### IV.

Die Frau in der Schulbehörde. — Schulhygiene.

Es ist eine lang bekannte Tatsache, daß nur in einem gesunden Körper sich ein gesunder Geist entwickeln kann. Daß aber mit dieser Tatsache an der Stätte zu rechnen ist, die die Pflege des Geistes zur Aufgabe hat, daran denkt man erst seit kurzer Zeit. Erst seit wenigen Jahren und noch längst nicht überall sieht man ein, daß dem Schularzt eine ebenso wichtige Stellung gebührt wie dem Lehrer, und daß es Aufgabe der Schule ist, überall da einzugreifen, wo die Verhältnisse im Elternhaus der Gesundheit der Kinder nicht die Aufmerksamkeit und Pflege zuteil werden lassen, die notwendig ist, wenn der junge Geist eine gesunde Entwicklung nehmen soll. Leider haben viele Gemeinden nicht die Mittel, eigene Schulärzte anzustellen, und selbst wo diese vorhanden sind, können wieder aus Geldmangel viele Anordnungen der Schulärzte nicht vorschriftsmäßig ausgeführt werden. Immerhin werden auf dem Gebiet der Schulgesundheitspflege von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht, nicht zum mindesten durch das energische Drängen der Vertreter unserer Partei in den Schulbehörden.

In Stuttgart werden durchschnittlich gegen 40 000 Kinder im Jahr untersucht. Vom Herbst dieses Jahres ab will man für die Untersuchung der Mädchen Ärztinnen heranziehen. Diese wertvolle Neuerung besteht sonst noch

nirgends in Deutschland, setzt sich hoffentlich aber bald überall durch. Die Untersuchungen werden mit Hilfe von Assistenzärzten und Schulschwestern vorgenommen. Auffallend groß ist der erheblich bessere Gesundheitszustand der Vorortkinder als der der Großstadtkinder. Unser Stadtarzt, Professor Dr. Gastpar, hat mich verschiedentlich aufgefordert, den Untersuchungen beizuwohnen, und mir einige Ergebnisse zur Verfügung gestellt, die wertvolles Material liefern.

Die Abnahme der Sehschärfe und die Zunahme der schlecht sehenden Kinder während der Schulzeit ist eine ganz erhebliche. Insbesondere sind die Mädchen davon betroffen, deren Augen häufig durch Überanstrengung im Handarbeitsunterricht leiden. Die gutgenährten Kinder haben die besten Augen, die blutarmen, unterernährten die schlechtesten. An schlechten Augen leiden in der Stadt Stuttgart 9,5 Prozent, in dem Vorort Ostheim nur 8,5 Prozent der Schulkinder. Eine Zunahme der Störungen im Gehör läßt sich während der Schulzeit im allgemeinen nicht feststellen. Die gutgenährten Kinder sind auch weniger von Gehörleiden heimgesucht als die schlechtgenährten. Gehörstörungen wurden in der Stadt Stuttgart bei 5,4 Prozent der Schüler, im Vorort Ostheim bei 1,1 Prozent festgestellt.

Auffallend groß ist der Unterschied in der Häufigkeit der Lungenkranken — nicht tuberkulösen — Kinder in der Stadt und im Vorort, nämlich in Stuttgart gab es deren unter den Schulkindern 16,1 Prozent, in dem Vorort Ostheim aber nur 2,9. Dagegen findet man bei den Kindern des Vororts mehr Drüsenkrankungen als bei allen übrigen Kindern. Die Tuberkulose nimmt während der Schulzeit nur wenig zu. Am meisten wird sie festgestellt bei den Stuttgarter Kindern, und hier bei den Mädchen. Die unterernährten, blutarmen Kinder sind weitaus am häufigsten und schwersten von ihr betroffen, aber auch bei Kindern mit gutem Ernährungszustand und blühendem Aussehen weist die Untersuchung mitunter Tuberkulose nach.

Es zeigt sich in den angeführten Feststellungen, daß die Wohnungsverhältnisse, die geringe Bewegungsfreiheit, die schlechte Luft der Großstadt einen unverkennbar ungünstigen Einfluß auf die Gesundheit der Kinder ausüben. Nur bei 18,6 Prozent Stadtkindern und bei 20,8 Prozent Vorortskindern konnte der Ernährungszustand als „gut“ bezeichnet werden. Bei allen übrigen hieß es vom Ernährungszustand: „mittel“, resp. „gering“. Vom medizinischen Standpunkt aus ist noch nicht der fünfte Teil der untersuchten Kinder ausreichend genährt, ein Drittel leidet an Blutarmut. Diese Unterernährung legt den Grund zu so vielen Krankheiten, namentlich zu der Skrofulose, der Tuberkulose und zu der Englischen Krankheit, die ein bekannter Kinderarzt eine Wohnungs- und Großstadtkrankheit genannt hat. Aus anderen Schularztberichten entnehmen wir, daß bei über 5000 Gemeindeschülern im Zentrum Berlins die für ein Kind erforderliche Minimalschlafzeit im Durchschnitt täglich 1,4 Stunden zu wenig betrug. In dem Magdeburger Bericht heißt es: „Von 700 Knaben badeten 44,5 Prozent während des ganzen Winters überhaupt nicht. Unter ihnen war fast keiner, der sich morgens die Nägel säuberte. 153 Knaben kämten sich nie, weit über die Hälfte bürsteten den Anzug nur ein- bis dreimal die Woche. 26 Prozent waren ständig ohne Taschentuch. Fast 200 Jungen hatten Schweißfüße, wechselten aber nur Sonntags die Strümpfe. 24 Prozent hatten eine Zahnbürste, aber nur 7 Prozent benutzten sie täglich. 16 Prozent bürsteten sich zwei- bis dreimal wöchentlich die Zähne. Von den 535 Knaben ohne Zahnbürste gaben einige an, gelegentlich diejenige eines anderen Familienmitglieds zu benutzen.“

Seit der Einführung der Untersuchung durch Schulärzte zeigen die Tabellen eine langsam ansteigende Besserung in dem Gesundheitszustand der Schulkinder. Die kurz- oder weitsichtigen Kinder erhalten eine Anweisung auf Brillen oder es wird angeordnet, daß Kurzsichtige oder Sehschwache in den vordersten Sitzreihen ihren Platz erhalten. Die gleich-



Anordnung wird für die Schwerhörigen getroffen, für die auch, ebenso wie für die Stotterer, besondere Kurse eingerichtet werden. Kinder mit kranken Zähnen werden dem Schul Zahnarzt überwiesen, denn namentlich die Magen- und Darmerkrankungen sind vielfach auf schadhafte Zähne zurückzuführen. Die körperlich schlecht gepflegten Kinder werden der besonderen Aufsicht der Schulschwester übergeben. Viele Mütter haben ja leider auch beim besten Willen keine Zeit, sich mit der Körperpflege ihrer Kinder zu beschäftigen; viele aber haben nie gelernt, wie diese Pflege in geeigneter Weise gehandhabt wird. Da, wo die Pflege der Mutter fehlt, greifen die Schulschwester ein. Sehr wichtig ist es, daß die Kinder regelmäßig baden können. In verschiedenen Gemeinden wird den Kindern Gelegenheit zu Fußbädern und zum Schwimmunterricht gegeben. In anderen Städten sind Schulbrausebäder eingerichtet worden. In Berlin wurden im Jahre 1900 etwa 200 000 Brausebäder an Schulkinder abgegeben. Die Kosten betragen nur 8750 Mk. Die Schulschwester achten auf die Pflege des Saars und der Zähne und leiten die Kinder an, selbst möglichst auf Reinlichkeit zu achten.

Kinder, die wegen Kränklichkeit oder Unterernährung besondere Pflege oder Medikamente brauchen, werden mit ihrer Mutter oder Pflegemutter zu einer zweiten Untersuchung bestellt. Einige Gemeinden haben eigene Kinderheime in See- oder Soolbädern, in denen kranke Kinder unentgeltlich Aufnahme finden. Ein Teil der kränklichen Kinder kommt in die Ferienkolonien, die leider noch viel zu sehr auf Unterstützung durch Wohltätigkeit angewiesen sind, statt Gemeindevorrichtung zu sein.

Für schwachbegabte Kinder sind vielfach Hilfschulen eingerichtet. Dort werden die Kinder in kleinen Klassen unterrichtet; ihr Spiel- und Beschäftigungstrieb wird ausgebildet. Sie werden viel ins Freie geführt. Dem einzelnen Kinde kann viel mehr Beachtung geschenkt werden als in den überfüllten Klassen. Die Ausbildung der körperlichen Kräfte schwachbegabter Kinder ist von großer, fördernder Bedeutung auf die Geistesentwicklung; man hat gefunden, daß schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein Teil der Kinder aus der Hilfschule in die Normalschule übertreten kann. Aufklärung der Eltern ist hier häufig notwendig. Sie meinen, man wolle ihre Kinder zu geistig minderwertigen stempeln, indem man sie der Hilfschule zuweist. Das ist durchaus nicht der Fall. Hätten wir bessere Schuleinrichtungen, kleinere Klassen, andere Unterrichtsmethoden, hätten wir nicht den unvermittelten Übergang zu dem Schulzwang; so würden sich für viele leichtere Fälle von schwacher Begabung die Hilfschulen von selbst erübrigen. Denn in ihnen ist vieles verwirklicht, was unserem Ideal der Zukunftsschule entspricht.

Auch die Einrichtung der Waldschulen wirkt außerordentlich günstig auf die Gesundheit der Kinder ein. Charlottenburg ging da mit gutem Beispiel voran. Tische und Bänke der Schüler sind im Freien aufgestellt. Turngeräte sind an den Waldbäumen angebracht und stehen zwischen ihnen. Die Kinder machten schon nach wenigen Wochen des Besuchs der Waldschule einen überraschend günstigen Eindruck. Nach etwa drei Monaten waren sie schon so widerstandsfähig, daß selbst während der regnerischen und kühlen Tage im Oktober trotz teilweise mangelhafter Fußbekleidung kein einziges Kind an einer Erkältung erkrankte. Außerdem wurde bei den Kindern, die auch in der Waldschule versorgt werden, eine durchschnittliche Gewichtszunahme von 5 1/2 Pfund festgestellt. (Quard, Kommunale Schulpolitik.) Dem Beispiel Charlottenburgs folgen allmählich andere Gemeinden, natürlich wieder nur solche, denen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Von ungeheurer Wichtigkeit in der Schulhygiene sind natürlich Schulspeisung und Jugendheime, worauf wir das nächstemal ausführlich zu sprechen kommen.

## Ein wichtiger Arbeiterinnenkampf.

Der Lohnkampf in der Nürnberger Bürsten- und Pinselindustrie, der nun bereits über acht Wochen dauert, nimmt schärfere Formen an. Schuld daran trägt die Haltung der Unternehmer und der Polizei. Kaum hatten sich sämtliche Heimarbeiterinnen der Bürsten- und Pinselindustrie der Bewegung angeschlossen, so benahmten sich die Unternehmer unerhört aufreizend. Sie beleidigten und verleumdeten die Arbeiterführer, beeinflussten die Polizei und ergossen eine Flut von Arbeitswilligen-Annoncen in die bürgerlichen Zeitungen. Mit einem Wort, die Herrschaften verloren ihre Ruhe und arbeiteten mit allen nur erdenklichen Mitteln, um einen Keil in die Einmütigkeit der Streikenden zu treiben. Die Unternehmer, ihre Werkmeister und Vorarbeiter besuchten die streikenden Frauen und Mädchen in ihren Wohnungen. Sie zogen alle Register ihrer Überredungskunst, aber es gelang ihnen nicht, auch nur eine einzige Arbeiterin umzustimmen. Nun mußte die Polizei helfen, und sie tat, was sie konnte, um die Lage für die Unternehmer günstiger zu gestalten.

Die Feinde der Arbeiterchaft arbeiteten mit Hochdruck. Als Retter in der Not sandte der „Deutsche Industrieschutzverband“, das ist der „Verband Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“, seine Agenten. Zu einem Schreiben dieser Unternehmerorganisation an die Bürsten- und Pinselindustriellen hieß es: „Die Lohnbewegung muß für die Arbeitgeber Ihrer Branche von um so größerer Bedeutung sein, als Sie in dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem die Mehrzahl der streikenden Arbeiter angehört, eine der zahlungsfähigsten und festgefügtsten Gewerkschaften sich gegenüber haben.“ Nachdem sich der Industrieschutzverband in recht aufdringlicher Weise empfohlen hatte, fügte er zur Bekräftigung seiner Leistungstüchtigkeit hinzu: „Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, daß uns die Verhältnisse Ihrer Industrie eingehend bekannt geworden sind anlässlich des 21. Wochen lang anhaltenden Streiks in der Schönheider Pinsel- und Bürstenindustrie, in dem wir nicht nur den Fabrikanten mit unseren in über 1300 Lohnbewegungen gesammelten Erfahrungen zur Seite standen, sondern die wir auch mit insgesamt zirka 33 000 Mk. entschädigten.“

Die Hoffnung des Industrieschutzverbands, bei den Nürnberger Bürsten- und Pinselfabrikanten ein Geschäft zu machen, wurde jedoch zu Effig durch die Konkurrenzorganisation der „Entschädigungsgesellschaft Süddeutscher Arbeitgeber“ mit dem Sitz in München. Diese wandte sich in schärfster Form gegen das Gebaren des Deutschen Industrieschutzverbandes und verbat sich dessen Werbung ganz entschieden, um selbst bei den Bürsten- und Pinselindustriellen in Kundenschaft zu kommen. Aber auch die „Entschädigungsgesellschaft Süddeutscher Arbeitgeber“ hatte Pech. Denn noch ein dritter Bewerber und Retter in der Not empfahl sich dringend, der „Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe in Bayern rechts des Rheins“. Ihm haben sich die Nürnberger Bürsten- und Pinselfabrikanten in den letzten Tagen angeschlossen. Drei Arbeitgeberorganisationen gegen den Deutschen Holzarbeiterverband! Diese Dreieinigkeit der Unternehmer hat für den Ausgang der Bewegung wenig praktische Bedeutung, der Verhandlungsapparat ist nur schwerfälliger geworden. Da die Haltung der Streikenden eine vorzügliche ist und die Unternehmer den Glauben an einen großen Unfall der Streikenden aufgegeben haben, erblicken die Herren ihre Hauptstütze naturgemäß in der Polizei, die in den letzten Wochen einseitig zugunsten der Kapitalisten eingriff und dafür an den Pranger gestellt wurde. Die Streikleitung griff das parteiische Verhalten der Polizei öffentlich scharf an und stellte schwere Beschuldigungen der Polizisten fest. Darauf befahte sich der Nürnberger Stadtmagistrat mit der Sache. Der Polizeireferent zog die Behauptungen der Streikleitung



in Zweifel. Daraufhin beantragte der sozialdemokratische Magistratsrat **Treu** im Einverständnis mit der Streikleitung, gegen die „Fränkische Tagespost“ und die Streikführer wegen Beleidigung der Polizei Strafantrag zu stellen. Dazu fanden die bürgerlichen Vertreter der Stadt Nürnberg aber den Mut nicht — ein Zeichen dafür, wie zutreffend die Kritik am Verhalten der Polizei war und ist. Die ausständigen Frauen und Mädchen haben unter den Schikanen der Polizei besonders zu leiden. Um den Eifer einiger Polizeihelden zu kennzeichnen, richtete Genosse **Schneppenhorst** an den rücksichtslosesten Polizisten einige offene Briefe, die bisher ohne Antwort der Polizei geblieben sind. Am 26. Juni schrieb Genosse **Schneppenhorst**:

An den Schutzmann Meier.

Verehrtester! Sie heißen Meier, sind Schutzmann und haben die Nummer 370. Mit Ihnen muß ich mich einen Augenblick beschäftigen, weil Sie sich ohne Streikkarte bei den streikenden Bürsten- und Pinselmachern Dinge erlauben, die nicht erlaubt sind. Sie interessieren sich für unsere Lohnbewegung außerordentlich, in der Hauptsache ist es Ihnen darum zu tun, die Beschlüsse zu erforschen, die in den Streiklokalen gefaßt werden. Als ich Sie zum erstenmal unter den Streikenden sah, waren Sie als Maurer verkleidet. Ihr Kostüm fiel mir gleich auf, und als ich Ihren abgeschliffenen, mit Mörtel vollgeschmierten Hosentaften sah, wußte ich, daß Sie Meier heißen. Solche Meier wie Sie habe ich beim Wolff-Streik mehrere gesehen, man vergißt solche Meier nie. Sie werden gemerkt haben, daß die Streikenden Ihnen jetzt in weitem Bogen aus dem Wege gehen, sie wollen von einem „Polizei-Maurer“ nichts wissen. Um diesem Übelstand abzuhelfen, sind Sie auf eine andere Idee gekommen, die wir uns aber im Interesse des Anstandes entschieden verbitten müssen. Des Morgens von 5 bis 6 Uhr, also um eine Zeit, wo jeder vernünftige dienstfreie Schutzmann noch schläft, besuchen Sie unsere streikenden Kolleginnen in der Schlafkammer, um zu erfahren, was in den Streiklokalen beschlossen wurde. Sie warten gar nicht erst, bis die so überraschten angezogen sind. Sie stellen sich mit Ihrem Notizbuch in der Hand gleich vor das Bett der streikenden Arbeiterinnen und machen Ihre Betrachtungen, machen die Erschrockenen erregt durch Ihr Verhör und Ihre Polizeiaugen. Sie scheinen bei Ihrem Tun nicht beachtet zu haben, daß Sie diese Arbeiterinnen in peinlichste Verlegenheit brachten, daß Sie das Schamgefühl der verheirateten und ledigen Arbeiterinnen schwer verletzen. Das Vernehmen im Hemde scheint Ihnen wohl Spaß zu machen, weil nachweisbar mehrere Fälle dieser Art vorliegen. Sie können von Glück sagen, daß die Pinselmacherinnen keine Suffragetten sind. Verehrtester! Bei denen wären Sie an die falsche Adresse gekommen, die hätten nicht errötend Ihren Wufen verbedt, die hätten Ihnen, weiß Gott, ihren Nachtopf über den Kopf gestülpt. Ich hätte Ihnen eine solche „Einweihung“ von Herzen gegönnt. Für heute, Herr Meier, will ich schließen in der Hoffnung, daß Ihnen Herr Polizeihauptmann Huber Ihr Vergeßgeld zurückzahlt, denn Sie sind entschieden zu etwas Höherem geboren.

Ernst Schneppenhorst.

Am 1. Juli veröffentlichte die „Fränkische Tagespost“ diesen Offenen Brief:

An den Schutzmann Meier.

Verehrtester! Sie gestatten, daß ich nochmals auf den Schutzmann Meier, Nummer 370, zu sprechen komme, und daß ich den Versuch mache, diesem das Gedächtnis zu schärfen. Nach den Aussagen des Herrn Rechtsrats Stör gaben Sie an, nicht als Maurer verkleidet unter den Streikenden verweilt zu haben. Ich kann mich nur darin geirrt haben, ob Sie einem Maurer oder Ziegelbäcker ähnlicher sahen, aber in polizeiwidriger Klust sah ich Sie bestimmt und wiederholt unter den Streikenden stehen, erst als Sie erkannt waren, liebten Sie uns vom Leibe. Nach Herrn Rechtsrat Stör sind Sie nur bei einer Pinselmacherin mit Erlaubnis ihres Mannes des Morgens gegen 6 Uhr am Bette gestanden. Sie müssen ein schwaches Gedächtnis haben, Sie waren nämlich bei mehreren Pinselmacherinnen am Bette, und zwar ohne Einwilligung oder Führung des Vaters, der Mutter oder Schwiegermutter.

Um 1/5 Uhr morgens besuchten Sie eine Mutter und deren drei Töchter, die natürlich im Schlafe gestört durch Ihr Erscheinen und Ihr geradezu dreistes Vorgehen in hellste Aufregung gerieten. Die Mutter verwehrt Ihnen mit Recht den Einlaß in die Schlafkammer, in der sie, ihr Mann und ihre jüngste Tochter schliefen, und während die Mutter die von Ihnen gewünschte Tochter weckte

und flüchtig anzog, hatten Sie nichts Eiligeres zu tun, als in die nebenanliegende Schlafstube der ältesten Tochter hineinzuspüren und eine Besichtigung vorzunehmen. Ihr scharfes Auge hatte gesehen, daß in dem Bette der ältesten Tochter noch jemand lag. Sie nahmen natürlich sofort eine nochmalige Besichtigung vor und verschwand erst, als Sie sich davon überzeugt hatten, daß dieser jemand nur ein Kind war. Nun fielen Sie über das bereits halb angezogene Mädchen her und wollten von ihm allerlei Sachen wissen. Sie ließen sich von dem Mädchen, das noch die Sonntagschule besucht, den Lehrer und Pfarrer nennen und erklärten immer wieder, zu diesem hingehen zu wollen. Aber mit dieser lächerlichen Drohung kamen Sie an die verkehrte Adresse. Die noch junge 16jährige Pinselmacherin mußte Sie darüber aufklären, daß sie auch ohne Erlaubnis von Lehrer und Pfarrer streifen dürfte.

Darauf verließen Sie den interessanten Schauplatz Ihrer Tätigkeit und versuchten Ihr Glück an anderen Betten. Um 1/8 Uhr wurden Sie bei einer anderen Pinselmacherin vorstellig, auch hier wurden Sie von der Mutter, die sehr erschrocken war, darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Tochter noch schlafe und jetzt nicht vernommen werden könne. Darauf erwiderten Sie: „Ach was, das macht nichts, ich habe schon mehr Frauen im Bette liegen gesehen.“ Die Tochter rief von der Kammer aus, daß sie im Bette nicht zu sprechen sei, aber Sie gingen doch hinein und überraschten diese Frau in höchster Verlegenheit. Kaum waren Sie weg, da kam einer Ihrer Herren Kollegen und wollte die Frau nochmals vernehmen, er war wenigstens so anständig und blieb an der Kammertür stehen, um, als er erfuhr, daß Sie schon da waren, eine Entschuldigung zu stammeln und zu verschwinden.

Kurz vor 6 Uhr, Herr Meier, waren Sie dann wieder bei einer anderen Pinselmacherin am Bette, ohne den Vater erst um Erlaubnis gebeten zu haben. Der Vater lief verblüfft hinter Ihnen her, und zur Entschuldigung Ihres dreisten Vorgehens meinte: Sie, die Störung mache seiner Tochter nichts, denn sie könne ja nachher weiterschlafen. Auch dieser Pinselmacherin drohten Sie mit dem Pfarrer, dem Sie alles erzählen würden.

Herr Meier! Sie müssen wirklich ein schlechteres Gedächtnis haben, als es polizeilich erlaubt ist. Sie haben Ihren Vorgesetzten die Wahrheit nicht gesagt, ich behaupte das, weil sonst Herr Rechtsrat Stör nicht so harmlos hätte reden können über einen einzelnen Fall, der mit Erlaubnis des Mannes geschehen sei. Weil ich annahm, daß Sie wenigstens Ihren Vorgesetzten die Wahrheit sagen würden, und ich in dieser Annahme getäuscht bin, habe ich Sie diesmal etwas deutlicher auf die Hühneraugen getreten.

Ernst Schneppenhorst.

Nach dieser nachdrücklichen und berechtigten Abfuhr ist die Polizei einigermaßen vorsichtiger geworden, aber ihre Parteinarbeit für die Unternehmer ist immer noch durchaus verurteilungswürdig.

Das Nürnberger Gewerbegericht bemühte sich, beide Parteien zu einigen. Anstatt die Vermittlung anzuerkennen, zogen jedoch die Unternehmer demonstrativ ihre früheren Zugeständnisse bis auf eine 3/2-prozentige Lohnerhöhung zurück. Sie begründeten dies damit, daß ihnen infolge des achtwöchigen Streiks ein derart großer Schaden erwachsen sei, daß sie nur noch ganz geringfügiges Entgegenkommen zeigen könnten. Der Vertreter des Arbeiterschutzesverbandes für das Holzgewerbe forderte außerdem, daß bei einer Lohnerhöhung von 3/2 Prozent eine Vertragsdauer bis 1919 festgelegt werde. Die Herrschaften sind durch die hilfsbereite Dreieinigkeit der Unternehmerorganisationen zunächst so verblendet, daß sie von einer Niederringung der kämpfenden träumen. Es wird weiterer Wochen des Streiks bedürfen, um sie zu überzeugen, daß sie falsch beraten sind. Der Deutsche Holzarbeiterverband wird wie immer mit Ruhe und Besonnenheit den Zeitpunkt abwarten, wo die Unternehmer ernüchtert sind. Bezeichnend für die Haltung der Kapitalisten ist es, daß sie in ihrem offiziellen Organ den Durchschnittslohn der Pinselmacher mit über 33 Mk., den der Pinselmacherinnen mit 20 bis 22 Mk. angeben und im gleichen Atemzug wortwörtlich schreiben, „daß das Arbeiten in einem Werkjaal einer Pinselfabrik nur ein bißchen besser als gesaulenzigt ist“. In Gegenwart des Regierungsrats Kreller und des Gewerbeberichters mußten die Herren aber zugeben, daß in ihrem Fachorgan über die



Durchschnittslöhne die platte Unwahrheit behauptet worden sei. Lüge und Büttelhilfe, wenn das die Mittel sind, mit denen in Nürnberg die 1100 Pinselmacherinnen und 700 Pinselmacher niedergerungen werden sollen, so muß es schon schlimm um die Sache der Unternehmer stehen. R. H.

## Kann die Bürde der Hausfrau erleichtert werden?

I.

Mit immer mächtigeren Schritten vollendet der Großbetrieb seinen Siegeslauf durch die Welt. Was früher in unzähligen kleinen Werkstätten mit den einfachsten Werkzeugen hergestellt wurde, wird heute in Fabriken produziert, in denen Hunderte, oft Tausende von Arbeitern mit den vollkommensten technischen Hilfsmitteln arbeiten. Die ungeheure Zeitersparnis und das ungeheure Wachstum des Reichtums, die der Großbetrieb und die maschinelle Entwicklung mit sich bringen, kommen heute nur einer kleinen Anzahl von Kapitalisten, nicht aber der großen Masse des Volkes zugute. Es ist das eine Folge der herrschenden Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum beruht und auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen. Wir begrüßen jede arbeitssparende Erfindung des Menschengesistes, jede zweckmäßigere Organisation der Gütererzeugung und Güterverteilung als Mittel, in Zukunft — wenn das Privateigentum beseitigt worden ist — allen Menschen ein sorgenfreieres Dasein und vollen Anteil an den höchsten Gütern der Kultur zu schaffen.

Auch auf dem Gebiet der vorkapitalistischen Frauenarbeit hat die industrielle Entwicklung ungeheure Umwälzungen gezeitigt. Das Spinnen und Weben, die Anfertigung der Kleidung, die Herstellung vieler anderer Gebrauchsgegenstände sind aus dem kleinen Handbetrieb des Haushaltes an den maschinellen Großbetrieb übergegangen, eine große Zahl von weiblichen Arbeitskräften mit sich ziehend. Aber noch sind dem Einzelhaushalt manche wichtige Funktionen verblieben, die auch heute noch in der unzulänglichsten Weise, mit den unvollkommensten Hilfsmitteln aus Urgroßvaters Zeiten in unzähligen Zwerghetrieben ausgeübt werden. Noch ist der einzelnen Hausfrau die Bereitung der Nahrung verblieben, die Reinigung und Instandhaltung der Kleidung und des gesamten Hausrats, ein Teil der Krankenpflege und als wichtigste aller Aufgaben die körperliche Pflege und die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts. Löst der Haushalt, namentlich der Haushalt der Proletarierfamilie alle diese Aufgaben in befriedigender Weise? Oder ist nicht wenigstens unter bestimmten Bedingungen heute schon eine bessere Organisation dieser Arbeiten möglich, eine Organisation, die mit geringerem Aufwand an Zeit, Kraft und Mitteln viel größere Erfolge erreichen könnte? Die erste Frage wird wohl jede Proletarierin ohne Zögern mit Nein beantworten. Sie weiß, wie unzureichend die Ernährung ihrer Familie ist, wie unzulänglich der Zustand ihres Inventars, ihre und ihrer Angehörigen Pflege in gesunden und Kranken Tagen. Sie beklagt es aufs tiefste, daß sie ihre Kleinen, sobald sie nur auf den Füßchen stehen, der StraÙe anvertrauen muß. Manch eine Proletarierin sagt vielleicht: „Ach, wenn ich nur genug Geld hätte, dann wollte ich meinen Haushalt ebenso gut besorgen, meine Kinder ebenso wohlgepflegt spazieren führen, ebenso gut, ja noch besser erziehen als jede bürgerliche Dame.“ Dieser Ausspruch enthält einen Teil Wahrheit, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß es im proletarischen Haushalt in der Regel an den genügenden Geldmitteln fehlt, um die großen Unvollkommenheiten des Haushaltes zu bessern, es fehlt aber meistens nicht minder an einer guten Organisation des Hauswesens. Denn eine kulturgemäÙe Erfüllung aller obengenannten Aufgaben des Haushaltes erfordert auch unendlich viel mehr Zeit und Arbeitskraft, als eine einzelne Frau aufbringen könnte, außerdem aber auch

eine entsprechende Ausbildung. Ein Blick auf den heutigen proletarischen Haushalt wird dies beweisen.

Betrachten wir zunächst die Bereitung der Nahrung. Das Mahl der Proletarierfamilie ist nicht nur knapp, sondern meist auch in der denkbar einfachsten Weise zubereitet, von einer Kochkunst kann nicht die Rede sein. Ebensovienig kennt die proletarische Küche einen Unterschied in der Ernährung Kranker und Gesunder, kleiner Kinder und Erwachsener. Statt des langsamen Überganges von der Säuglingsnahrung zur Speise der Erwachsenen etwa bis zum schulpflichtigen Alter, der in einem gut geleiteten bürgerlichen Haushalt den Vorschriften der Hygiene gemäß durchgeführt wird, erfolgt ein scharfer Wechsel von der ausschließlichen Milchmahl zur schwer verdaulichen Männerkost, der an dem Siedtum so manchen Proletarierkindes die Mitschuld trägt. Ebenso würde mancher Kranke eher genesen, mancher Genesende eher wieder zu Kräften kommen, wenn er die seinem geschwächten Körper angemessene Nahrung erhielte. Die Erfüllung aller dieser Forderungen bringt aber nicht nur größere Ausgaben mit sich, sondern auch eine stark erhöhte Arbeitsleistung der Hausfrau.

Überblicken wir nun die Wohnung, dieses Schmerzenskind des Proletariats, ganz besonders aber des großstädtischen Proletariats. Im Interesse der Gesundheit und der Sittlichkeit muß nicht nur unbedingt ein eigenes Bett für jedes Glied der Familie, müssen vielmehr getrennte Schlafräume für Erwachsene und Kinder, für Knaben und Mädchen gefordert werden. Das ergibt mit Küche und auch nur e i n e m Wohnzimmer eine Wohnung von fünf Räumen, wie sie als Mindestmaß für die bürgerliche Familie üblich ist. Die Reinigung einer solchen Wohnung, die Instandhaltung des stark vermehrten Hausrats, der größere Verbrauch an Wäsche würde aber die Arbeitslast der Hausfrau wiederum erhöhen.

Die häusliche Krankenpflege haben wir schon bei der Ernährung erwähnt, aber außer der geeigneten Kost bedarf ein Kranker noch ungezählter kleiner Dienste und Handreichungen, zu denen die Zeit der vielbeschäftigten Hausfrau kaum ausreicht. Die gerichtliche Bestrafung einer armen Mutter, deren krankes Kind verbrannt war, weil sie es mit dem Inhalationsapparat allein gelassen hatte, spricht in dieser Beziehung Bände. Wie aber sieht es in einem Arbeiterhaushalt aus, wenn die Mutter selbst durch Wochenbett oder Krankheit ans Lager gefesselt wird? Da ist die Pflege der Kranken, die ganze Hausarbeit und Kindererziehung auf ein paar gelegentliche Hilfeleistungen einer mitleidigen Nachbarin beschränkt. Ohne Rücksicht auf ihren elenden Zustand muß die Kranke das Bett verlassen und die schwerste Arbeit tun, um wenigstens dem ärgsten Wirrwarr zu steuern. Darum ist in ungezählten Fällen eine dauernde Erkrankung der weiblichen Organe die Folge des Wochenbetts, dauernde Entkräftung die Folge jeder Krankheit der Proletarierin. Im bürgerlichen Haushalt wird zur Pflege eines kranken Kindes in der Regel die Arbeitskraft einer Person gänzlich freigestellt, die Wöchnerin erhält bis zu ihrer völligen Genesung und Kräftigung eine geschulte Pflegerin.

Am allerfühlbarsten ist der Mangel an Zeit und Arbeitskraft bei der proletarischen Kinderpflege und -erziehung. In einer Familie mit Kindern verschiedener Altersstufen reicht die Kraft einer Person allein bei weitem nicht aus, um die vielfachen einander widerstrebenden Bedürfnisse der Kleinen zu befriedigen, um wieviel weniger kann eine mit Hausarbeit aller Art überbürdete Mutter diesen Bedürfnissen n e b e i gerecht werden. Da ist der Säugling, der sechs- bis achtmal täglich genährt, gereinigt und mit frischer Wäsche versehen werden soll, der in den warmen sonnigen Mittagsstunden, in denen die Mutter am meisten beschäftigt ist, ins Freie gebracht werden müßte und auch sonst bei Tag und Nacht in seinen vielen kleinen Nöten und Leiden Hilfe braucht. Da ist das kleine Kind im zweiten und dritten Jahre, dessen erste Versuche zur Selbstständigkeit mit ständiger Le-



bensgefahr verbunden sind, das keinen Augenblick ohne Aufsicht gelassen werden darf. Da wollen die Kinder von drei bis sechs Jahren Anregung zu Spiel und Beschäftigung im Haus und im Freien, Antwort auf ihre vielen witzbegierigen Fragen. Nur die größeren Kinder sind wenigstens einen Teil des Tages in der Schule versorgt, um so nötiger brauchen sie Aufsicht, verständnisvolle Leitung und Anregung in ihren Freistunden. Also auch zur Kindererziehung gehört Zeit, Zeit und wieder Zeit. Aber es gehört noch mehr dazu. So geeignete, für die Kinder geschaffene Räume und Gerätschaften und vor allen Dingen Menschen, die die Entwicklung von Leib und Seele überwachen und die zu dieser schwersten aller menschlichen Pflichten, zu dieser wichtigsten aller menschlichen Aufgaben begabt und vorgebildet sind. Wir halten es mit Recht für ein Märchen, daß ein Mann lediglich deswegen zum Herrschen und Regieren befähigt sein soll, weil er in einem Königsschloß das Licht der Welt erblickte. Ein ebensolches Märchen ist es, daß jedes Weib, das ein Kind geboren hat, dadurch allein schon zu der hohen Aufgabe des Menschenbildens berufen sei. Aus diesem Grunde bleibt auch in bürgerlichen Kreisen, wenn sich die Mutter der Erziehung ihres Kindes widmen will und dienstbare Geister ihr die Zeit dafür freimachen, der Erfolg meist hinter dem Ideal zurück.

Das unwiderlegbare Ergebnis unserer Betrachtung ist folgendes: Die vielen wichtigen Aufgaben, die heute noch dem Einzelhaushalt überlassen sind, können von der proletarischen Hausfrau nur sehr unvollkommen erfüllt werden. Eine Erhöhung des Einkommens allein kann diese traurige Tatsache nicht ändern. Denn zu einer Wirtschaftsführung und Kindererziehung, die den Anforderungen einer höheren Kultur entspricht, gehört nicht nur mehr Geld, sondern auch viel mehr Zeit und Arbeitskraft, als eine einzelne Hausfrau aufbringen kann. Wo heute die mannigfaltigen Aufgaben der Familie in halbwegs befriedigender Weise gelöst werden wie im bürgerlichen Haushalt, da schaffen neben der Hausfrau noch ein oder zwei Hilfskräfte. Recht viele proletarische Mütter müssen aber schon früh sogar auf die Hilfe verzichten, die sie an den heranwachsenden Kindern haben könnten, denn auch diese sind gezwungen, zu verdienen. So bleibt eine gute Wirtschaftsführung ein Vorrecht Reicher und sehr Reicher. Diese Schlussfolgerung mag den Leserinnen wenig behagen, sie ist aber unvermeidlich, solange wir an dem Einzelhaushalt in seiner heutigen Form festhalten. Th. L.

## Der Budapester Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht.

Von e. r.

Auch der herrlichsten Oper geht das Stimmen der Instrumente voraus, das mitunter recht mißtönig klingt. Ähnlich wurde das glanzvolle Ausstattungsstück bürgerlicher Frauenrechtelei — der VII. Internationale Frauenstimmrechtskongreß zu Budapest — durch Versammlungen, Zusammenkünfte, Empfänge usw. der Frauenrechtlerinnen verschiedener Nationalitäten in einer Reihe großer Städte vorbereitet. So in Amsterdam, Berlin, Dresden, Prag, Wien usw. Im allgemeinen waren die Veranstaltungen herzlich belanglos, ja recht trivial. Von denen in Prag und Wien kam man das jedoch nicht behaupten. In Prag versagte die bewährte frauenrechtlerische Kunst der Regie vollständig. Sie ging vor der Macht nationaler Leidenschaften in die Brüche. Die Instrumente quiekten und schrillten sehr unharmonisch gegeneinander. Es kam zu einer regelrechten nationalistischen, um nicht zu sagen chauvinistischen Ragenmusik. Der Grund dafür war dieser.

Die böhmische Landtagsabgeordnete Frau Bikova-Kunetizka war von dem Internationalen Bureau der Frauenrechtlerinnen aufgefordert worden, in Budapest zu sprechen. Sie hatte die Bedingung gestellt, daß sie es in der tschechischen Sprache tun dürfe. Das Bureau hatte das abgelehnt,

weil in Budapest — wie bei den meisten internationalen Kongressen — nur die drei Welt Sprachen Englisch, Deutsch, Französisch zugelassen waren. Und daß es damit nicht nur formal korrekt, sondern weise gehandelt hatte, hat nach frauenrechtlerischer Ansicht die Prager Versammlung bestätigt. Frau Bikova-Kunetizka hielt nämlich nicht die geheiligte Fünfundzwanzig Minutenrede, sie sprach obendrein „mit Pathos“ 1 1/4 Stunden und gab die schwarze Absicht ihrer tschechischen Seele kund. Sie wollte die Unterdrückung der Slowaken durch die österreichisch-ungarische Regierung zur Sprache bringen, das aber in der Hoffnung, der Kongreß werde sich ihrem Protest dagegen anschließen. Man höre und schaudere! Eine Kundgebung für das Recht von Nationalitäten, das von den ungarischen Junkern mit Füßen getreten wird, während man doch in Budapest stolz und gerührt mit den Damen dieser Junkerschaft den Schwesternkuß tauschen und sich von ihren politischen Geschäftsführern bewillkommen und feiern lassen wollte. Und dann — ein Protest gegen eine leibhaftige Regierung! Frau Nachbarin, Euer Fläschchen! Daß man sich auf frauenrechtlerischer Seite über die Absicht der Frau Bikova-Kunetizka entriisten konnte, kündigt einen engherzigen, vorurteilsvollen Geist, zeigt aber auch, daß man dort noch immer jenseits der Wolken wohnt.

Angesichts der Sachlage kam es in Prag, wie es in der vom Nationalitätenhader zerrissenen österreichisch-ungarischen Monarchie kommen mußte. Die Veranstaltung sah „einem Protest gegen den Budapester Kongreß sehr ähnlich“, so lesen wir in einem frauenrechtlerischen Bericht. „Kroaten und Slowaken erschienen und feierten mit den Tschechen ein inniges Verschweierungsfest vor den mehr oder weniger erstanten Augen der auswärtigen Besucher.“ Die Frauenrechtlerinnen anderer Nationalitäten „kamen erst nach mehreren Stunden zum Wort, mußten sich dann aber nur auf kurze Ansprachen beschränken“. Die deutsche Delegierte Frau Deutsch erhob mahnend den Schulmeisterfinger und predigte in himmlischer Unparteilichkeit den alten Gemeinplatz, daß die Frauen über allen nationalen und internationalen Kämpfen zu stehen haben. Guter Himmel, welch schwaches Gedächtnis! Hat Frau Deutsch vergessen, daß ihre Schwester in Frauenrechtelei, Fräulein Lischnewska, zu den fanatischsten Vorkämpferinnen der polenfresserischen Sakatisten gehörte? Daß in Deutschland ein nationalistischer polnischer Frauenbund entstanden ist? Daß in ihrer allernächsten Umgebung — im preussischen Frauenstimmrechtsverein — die Frage des allgemeinen Wahlrechts, mit anderen Worten: der Klassengegensatz den „Frieden“ gestört hat, und diese Organisation wie die ganze deutsche Frauenstimmrechtsbewegung erschüttert?

Der große Erfolg der zweitägigen Vorkonferenz der Frauenrechtlerinnen in Wien entschädigte die Damen einigermaßen für die Enttäuschungen in Prag. Hier klang das Orchester prächtig zusammen, denn einen verstimmtten Brummboß hatte man klüglich ausgeschaltet. Die deutschen Frauen Böhmens wollten nämlich beim Kongreß in Budapest einen Protest gegen die Sonderstellung ihres Vaterlandes erheben. Sie konnten nicht damit einverstanden sein, daß ausschließlich die tschechischen Frauenorganisationen als offizielle Vertreterinnen anerkannt wurden. Demgegenüber erinnerten sich die deutschen Frauen daran, „daß Böhmen staatsrechtlich kein selbständiges Subjekt, sondern lediglich ein integrierender Bestandteil Österreichs ist“. Und da in Böhmen zwei Fünftel der Bevölkerung Deutsche, drei Fünftel Tschechen sind, sollten diese letzteren nicht das Recht haben, im Namen des ganzen Landes zu sprechen. Die deutsch-böhmischen Frauen verlangten, daß man sie nicht „durch irreführende Bezeichnungen ignoriere“, daß in Budapest eine Berichtigung vorgenommen werde, die auch für die folgenden frauenrechtlerischen Kongresse maßgebend bleiben müsse. Eine entsprechende Erklärung sollte auf der Vorkonferenz in Wien von einer Vertreterin der deutsch-böhmischen Frauen mit dem echt germanischen Namen Wichowsky abgegeben werden. Es wurde ihr jedoch das Wort dazu verweigert. Diese Mund-



totmachung wird mit stillen, innigen Zähren von der nämlichen fortschrittlichen „Frauen-Rundschan“ betaut, die der Vereitelung der slawischen Proteste in Budapest zujubelte. Mit der Wiener Vorkonferenz war ja reichlich viel dekoratives Beiwerk verbunden. So die „vornehm-demonstrative“ Rundfahrt von 120 Wagen. Jedoch die Zusammenkunft hat unstreitig propagandistisch gewirkt und auch den Ernst und die Tüchtigkeit erkennen lassen, die von vielen für die frauenrechtlerischen Bestrebungen eingesetzt werden. Auf die Bewegung der österreichischen Frauenrechtlerinnen warf sie ein günstiges Licht. Sie steht einiger und geschlossener da als die Frauenrechtelei in Deutschland und legt auch mehr frische Energie und goldene Rücksichtslosigkeit an den Tag als diese.

Auf dem Kongreß in Budapest selbst haben weder die deutschen noch die slawischen Nationalitäten eine hervorragende Rolle gespielt. Er wurde wieder — wie seine Vorgänger — von dem Einfluß der englischen und amerikanischen Frauenstimmrechtsorganisationen beherrscht. Sie stellen auf den internationalen Frauenstimmrechtskongressen die erfolgreichsten Rednerinnen, sie berufen sich auf ihre langjährigen „praktischen Erfahrungen“ und verhüllen damit, was die Frauenrechtlerinnen anderer Länder sowieso nicht gern sehen wollen: daß die bürgerliche Frauenrechtelei gerade in England und Amerika auf einem erschreckend niedrigen Niveau steht, soweit es sich um geschichtlichen Sinn und das Erfassen der sozialen Frage handelt. Aber unstreitig bilden die englischen und amerikanischen Organisationen die breite, feste Basis der gesamten bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung. Und gerade weil dem so ist, treiben sie im großen ganzen eine konservative, ja reaktionäre Politik.

Diese wird ganz geleitet von dem Bestreben, möglichst alle Frauen ohne Unterschied der Klasse zum Ringen um Frauenrechte und nichts als Frauenrechte zusammenzufassen. Um aber dieses Ziel in der bösen kapitalistischen Gesellschaft der scharfen und sich verschärfenden Klassegegensätze zu verwirklichen, stellen die englischen und amerikanischen Frauenrechtlerinnen nicht etwa die Forderung des weitestgehenden, vollen demokratischen Wahlrechts auf, das alle Frauen zu gleichberechtigten Bürgerinnen in Gemeinde und Staat machen würde. Nein, umgekehrt wird ein Schuß daraus! Sie hüten sich wie der Teufel vor dem Weihwasser vor solcher Forderung. Die Frage nach der Art des Wahlrechts lassen sie entweder im dunkeln, indem sie das Nidlein von dem Frauenwahlrecht an und für sich geigen, oder aber sie treten offen für ein beschränktes Damenwahlrecht ein. Dadurch fesseln sie die Frauen der besitzenden Klassen, die konservativen und liberalen Damen an ihre Fahne, denn diese wollen von dem Wahlrecht aller Frauen, der armen Frauen nichts wissen. Wenn sich in England und den Vereinigten Staaten Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, ja sogar Sozialistinnen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammintun, so ist das noch lange kein Beweis dafür, daß die Frauenstimmrechtsbewegung dort einen demokratischen Charakter hat und die Interessen der Proletarierinnen vertritt. Der Vorgang beweist nur, daß die proletarischen Frauen und ihre Organisationen noch nicht genügend Klassenbewußt und zielklar sind. Sie stellen ihre eigenen Interessen zurück, um den Damen die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Wer nicht hinter die Dinge sieht, der könnte ja meinen, daß der Kongreß in Budapest trotz allem einen kleinen Fortschritt gebracht habe. Am dritten Tage verhandelte er über die Frage: Wie sollen sich die Frauenstimmrechtsorganisationen zu den politischen Parteien verhalten? Da konnte es scheinen, als ob die bürgerliche Frauenrechtelei ein ganz klein wenig nach links rücken wolle. Frau Widjell, eine schwedische Delegierte, erklärte, in ihrer Heimat sei behauptet worden, der Frauenstimmrechtsverband hätte die politische Neutralität verletzt und Stellung gegen die konservative Partei genommen. Das sei richtig. Allein den Frauen Schwedens sei nichts anderes zu tun übrig geblieben, weil diese Partei das Frauenstimmrecht bekämpfe.

Die politische Neutralität der Frauenstimmrechtsorganisationen könne nur besagen, daß ihnen die Frauen aller Parteien und Konfessionen anzugehören vermöchten. Sie dürfe nicht bedeuten, daß die Frauen auf den Kampf wider die Parteien verzichten, die gegen das Frauenwahlrecht sind, diese müssen auf das entschiedenste bekämpft werden. Die englische Delegierte, Frau Mars Hall, sprach sich noch deutlicher aus. „Bis März vorigen Jahres,“ so sagte sie, „hofften die englischen Frauen das Wahlrecht dank einer unparteiischen Gesetzgebung zu erhalten. Es gibt in England zwei verschiedene Wege dafür. Eine Gesetzesvorlage wird entweder von der Regierung eingebracht oder aber als sogenannte Privatbill von Abgeordneten. Oft war eine Mehrheit für eine solche Privatbill zugunsten des Frauenwahlrechts im Parlament vorhanden. Aber die Regierung verhielt sich dann nie neutral und brachte den Antrag durch ihren Einfluß stets zu Fall. Die einzige Partei, die sich rückhaltlos für das Frauenwahlrecht einsetzte, ist die Arbeiterpartei, und deshalb wird sie jetzt von uns unterstützt. Wenn wir sie unterstützen, so treten wir auch der Regierung entgegen, die wider das Frauenwahlrecht ist. Es gibt nur eine Erklärung, was politische Neutralität heißt: jene Parteien zu unterstützen, die für das Frauenwahlrecht sind.“

Man hörte diese unzweideutige Rede und dachte an die — liberalen und fortschrittlichen Frauenrechtlerinnen in Deutschland. Sie haben bei den letzten Reichstagswahlen wie auch sonst schon für politische Parteien gewirkt, die das Frauenwahlrecht noch nicht einmal theoretisch anerkennen und in ihr Programm aufgenommen haben. So war es denn auch natürlich, daß dem ins Wackeln gekommenen „Prinzip der Neutralität“ nach dem Herzen der konservativen Führerinnen eine deutsche Nothelferin erstand. Frau Stritt sprang auf und beantragte, man möge von der Diskussion dieser an sich so interessanten Frage absehen. Sie sei doch schon auf dem VI. Internationalen Frauenstimmrechtskongreß zu Stockholm besprochen worden. Das heißt vor zwei Jahren und vor den letzten Erfahrungen des Kampfes um das Frauenwahlrecht in England, in Schweden usw. Ein verblüffender Beweis von der Einsicht in die sich ändernden Bedingungen sozialer Kämpfe! Aber Frau Stritt erreichte, was sie wollte. Die deutschen Delegierten brauchten nicht vor aller Welt die schäbige, reaktionäre Art der Neutralität zu bekennen, wie das Gros der Frauenrechtlerinnen im Reiche sie übt. Und mehr noch: dem ganzen Kongreß blieb es erspart, in der Frage Farbe zu bekennen. Dieses Gebot hätte ihn uneinig und zerspalten in eine große Mehrheit von Anhängerinnen der seitherigen, angeblich „neutralen“ Taktik und in eine kleine Minderheit von Frauenrechtlerinnen, die um ihrer Sache willen Anschluß nach links, an die Proletarier, an Arbeiter- und sozialistische Parteien suchten, dazwischen vielleicht noch der bekannte „Sumpf“ der Unentschiedenen, die nicht wissen, ob sie rechts oder links gehen sollen. Das mußte vermieden werden. So gelangte wohl zum Antrag Stritt ein Amendement zur Annahme, der Kongreß solle eine Erklärung festlegen, was unter politischer Neutralität zu verstehen sei, aber diese Erklärung selbst wurde nicht gegeben. Man kann auf sie unter der ewig blühenden Linde des Volksliedes warten, wo Liebende sich die ebenso ewig währende Treue schwören. Kann es da wundernehmen, daß über die Frage des allgemeinen Frauenwahlrechts international geschwiegen worden ist? In allen möglichen Sprachen, wie natürlich in den drei offiziellen Kongreßsprachen erst recht. (Schluß folgt.)

## Aus der Bewegung.

August Raden, Moritz Schröder †. In den letzten Wochen ist die sozialistische Frauenbewegung um zwei ihrer treuesten Anhänger ärmer geworden, um Männer, die ein ganzes Leben voller Hingabe für die Befreiung des werktätigen Volkes eingesetzt haben. Beide haben als Glieder der „alten Garde“ schon unter den Stür-



men des Sozialistengesetzes ihre Schuldigkeit getan. In Dresden-Neustadt ist August Kadens, ein weitbekannter Streiter, von uns genommen worden. Genosse Kadens verkörperte in sich ein großes und gutes Stück Parteigeschichte, der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt. Jahrzehnte hindurch ist er ein rüstiger Werkmann am Bau der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gewesen. Denn die Nöte einer ganz proletarischen Existenz hatten ihm sehr früh die Erkenntnis eingehämmert, daß die Ausgebeuteten ihr eigener Heiland sein müssen, und die Erkenntnis formte den Willen zur Tat. 1850 geboren, schloß er sich schon als halbflügger Zigarrenmacher dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Während der Wanderjahre war er in der Schweiz und in Süddeutschland, später zumal in Baden ein kräftiger Rufer im Streite für die Befreiung der Arbeiterklasse. Die politische Bewegung wie die jungen Gewerkschaften förderte er mit aufopfernder Arbeit. Als nun Kadens Mitte der siebziger Jahre in die Heimat zurückkehrte und sich in Dresden niederließ, weitete sich ihm das Kampffeld immer mehr. Es gab nichts, was seinen Eifer gedämpft oder seinen Mut gebrochen hätte. Die hitzigen Auseinandersetzungen zwischen Lassalleanern und Eisenachern, die großen inneren und äußeren Schwierigkeiten einer jung aufstrebenden Bewegung, die sich steigende Wut der Feinde: all das stachelte nur seine Tatkraft an und erhöhte seine Opferfreudigkeit. Die Gaben seines Geistes und Charakters erprobten sich am glänzendsten, als das Sozialistengesetz vernichten sollte, was unter unsagbaren Mühen geschaffen worden war. Unter Genossen Kadens Leitung sammelten sich in Dresden-Neustadt die zersprengten Anhänger der Partei bald wieder. Er war der erste und letzte, wenn es galt zu beraten und zu handeln. Seine Findigkeit half ihm im Kampfe mit den Behörden über manche gefährliche Situation hinweg, seine kernige Verehrtheit gewann ihm Freunde und den sozialistischen Ideen Parteigänger. Was focht es den Braven an, daß die Behörden all ihre Mühen und Tücken gegen ihn losließen, daß seine Existenz folgenbeschwert war? Er kannte nur ein Ziel: der Sache des Proletariats zu dienen. Die Genossen von Dresden-Neustadt ehrten August Kadens Wirken, indem sie ihm die höchsten Ehrenämter übertrugen, die sie zu vergeben hatten. Er war ihr Vertrauensmann bei geheimen Tagungen unter dem Sozialistengesetz, er vertrat sie auf internationalen sozialistischen Kongressen, sie entsendeten ihn in die sächsische Kammer und in den Reichstag. Seit dem Parteitag zu Halle bis zu seinem Tode gehörte Genosse Kadens als Mitglied der Kontrollkommission an und wurde nach Meisters Tod ihr Vorsitzender. Er hat seinen Ehrenposten wie der unscheinbarsten Agitations- und Organisationsarbeit selbstlos seine ganze Kraft gegeben und mit Freudigkeit gegeben. So ist sein Leben ein reiches und gehaltvolles geworden, vorbildlich für Tausende und aber Tausende. So hat er den tiefgetroffenen Seinen Wertvolleres hinterlassen als Schätze, die von Motten und vom Roste gefressen werden: einen Namen, der mit Verehrung genannt wird, wo in Sachsen, in Deutschland Proletarier empor zum Lichte drängen.

In Stuttgart verstarb Genosse Schröter. Als blutjunger Buchdrucker kam er in Leipzig zur sozialdemokratischen Partei und focht bald tapfer und geschickt in ihren vordersten Reihen. Was war da natürlicher, als daß ihn das Sozialistengesetz von der Stätte seines Wirkens vertrieb? In Stuttgart fand er eine neue Heimat, und das besagte bei seiner Überzeugungstreue ein neues Arbeits- und Kampffeld. Genosse Schröter gehörte zu den „Ausländern“, die unter den Schwaben „den Geist der Rebellion“ säten. Nicht unter den Männern allein, auch unter den Frauen. Genosse Schröter hatte sehr früh erfaßt, daß die Frau nur durch den Sozialismus befreit werden kann, aber auch, daß der Sozialismus zu seiner Verwirklichung des Verständnisses und der Taten der Frauen bedarf. Er wurde daher vor mehr als zwanzig Jahren zum Mitbegründer eines der ersten sozialdemokratischen Frauenvereine und war lange mit einigen Gleichgesinnten zusammen die Seele dieser Organisation, der Bestrebungen überhaupt, die Proletarierinnen aufzuklären und zu organisieren. Wachsende Kränklichkeit hat den Genossen Schröter allmählich aus dem hitzigsten Kampfesgetümmel gezwungen, allein mit Herz und Geist ist er bis zuletzt bei der Sache der Arbeiter geblieben und hat auch insbesondere die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung mit Sympathie verfolgt. Viele Jahre hat er der „Gleichheit“ als Korrektor schätzenswerte Dienste geleistet, in ihrem Aufschwung sah er ein Stück seiner eigenen Bemühungen verwirklicht, die proletarischen Frauen für den Befreiungskampf zu sammeln und zu schulen. In der Geschichte der deutschen Arbeiterinnenbewegung verdient der Name des Genossen Schröter einen Ehrenplatz.

**Frauenagitation und -organisation im Bezirk Görlitz.** Eine Agitation im Bezirk Görlitz sollte Genossin Wulff für ihre

Tätigkeit als Parteisekretärin in Schlesien die nötigen Informationen über den Stand der Organisation vermitteln, ihr helfen, Land und Leute kennen zu lernen und Anknüpfungspunkte für die fernere Agitations- und Organisationsarbeit zu gewinnen. Versammlungen — in den meisten Fällen Mitgliederversammlungen — fanden statt in Görlitz, Leschwitz, Lauban, Hoyerswerda, Muskau, Keula, Weichwasser, Dunsau, Warthau, Tiefenfurt, Rauscha, Marklissa, Löwenberg, Sagan und Grünberg. Fast in allen Orten waren sie gut besucht. Wo das nicht der Fall war, wie in Weichwasser, lag es an mangelhafter oder verfehlter Einladung oder auch an den heißen Tagen, die für Versammlungen nicht günstig sind. Der weibliche Mitgliederstand ist natürlich in den oben aufgeführten Orten sehr ungleich. Allen vorausmarschiert die Parteiorganisation in Görlitz, die eine stattliche Zahl weiblicher Mitglieder aufweist. In Görlitz war auch der Besuch der Versammlung sehr gut. In vereinzelteren Orten trankt die proletarische Frauenbewegung daran, daß die Genossen den Genossinnen zu wenig Unterstützung zuteil werden lassen. Fast scheint es, als ob es dort noch Genossen gibt, die wohl die Frauen in der Partei dulden, weil es nun einmal nicht anders geht, aber nichts tun, um die weiblichen Mitglieder geistig weiterzubilden. Dagegen muß anerkannt hervorgehoben werden, daß die Dinge in den meisten Orten erfreulicher liegen. Hier wirken zum Teil Genossen, die schon früher das Vereinsleben für die Frauen so gestaltet haben, daß diese sich wohl in unseren Reihen fühlen und geschult werden. Wo dies aber bisher nicht der Fall war, da sind die Genossinnen willig und eifrig, den gegebenen Anregungen für die Aufklärung der Proletarierinnen zu folgen.

In manchen Orten des Bezirkes ist unsere Frauenbewegung nicht mehr jung. In Sagan zum Beispiel gibt es ältere Genossinnen, die schon zur Zeit des preussischen Vereinsgesetzes Tüchtiges geleistet haben. Dasselbe trifft in besonderem Maße auch auf Görlitz zu. Hier ist der alte Verein proletarischer Frauen nicht in die Brüche gegangen, wie das in Sagan der Fall war, sondern die darin organisierten Genossinnen sind in bedeutender Anzahl in die Partei übergetreten, als das alte Gesetz fiel. So viel steht fest, daß in dem ganzen Bezirk gute Vorbedingungen für die Ausdehnung und den Ausbau unserer Organisation vorhanden sind. Dazu ist ein Teil unserer Genossinnen von dem Drange besetzt, sich weiterzubilden. Lange haben die proletarischen Frauen darauf gewartet, daß ihnen als Kämpferinnen vorwärtsgeholfen würde, wie es nun durch die Anstellung der Sekretärin soweit als möglich geschehen soll. Vorläufig ist überall diese Anregung gegeben worden: dort, wo eine nennenswerte Zahl organisierter Frauen vorhanden ist, sind für diese entweder allmonatlich oder in längeren Abständen Frauenabende zu veranstalten. Die organisierten Proletarierinnen lehnen nach Aufklärung und Betätigung. In einigen Orten fanden schon regelmäßige Frauensammlungen statt, ebenso wie bereits hier und da Genossinnen als Kreisvorstände angehören. Wo dies noch nicht der Fall war, sind nun Frauen für die Posten bestimmt worden. Aussprachen zwischen Genossin Wulff und den tätigen Genossinnen sind gewiß für beide Teile anregend und lehrreich gewesen. Sie lassen ein gedeihliches Zusammenwirken erhoffen. Es kam überall zum Ausdruck, wieviel geschaffen werden kann, wenn unter den Genossinnen planmäßig gearbeitet wird. Sehen wir nun alle Kräfte für eine gedeihliche Entwicklung ein, die vorhandenen Grundlagen bürge für ein gesundes Vorwärtsschreiten unserer Bewegung und ihre innere Ausgestaltung.

F. W.

**Aus den Organisationen.** Die politische Bewegung der proletarischen Frauen in Bittau steckte bis vor zwei Jahren noch in den Kinderschuhen, nur einige Proletarierinnen hatten den Sozialismus begriffen. Heute kann sich die Zahl der weiblichen Mitglieder unseres sozialdemokratischen Vereins schon sehen lassen. Und das Vorwärtsschreiten der Agitation der Genossinnen selbst zuzuschreiben. Von Haus zu Haus, von Frau zu Frau wurde agitiert. Keine Mühe ließen sich die Genossinnen verbrießen, um neue Streiterinnen für den Sozialismus zu werben. Vor den Fabriken halfen sie Handzettel verbreiten, in Frauenversammlungen spornten sie die Rässigen an. Und der Erfolg war mit ihnen. Aber 90 Frauen sind jetzt um das Banner der Sozialdemokratischen Partei geschart und werden sich auch in Zukunft angelegen sein lassen, ihre proletarischen Schwestern über das Wesen der bürgerlichen Ordnung mit ihrer Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuklären und sie zu Kämpferinnen zu erziehen, die mit dem Manne ihrer Klasse zusammen für eine freie Zukunft streiten. Jede neugewonnene Genossin muß eine Agitatorin für unsere große Sache



werden. Ist die geringe Zahl der zuerst politisch organisierten Frauen auf mehr als 90 angewachsen — bei gegen 500 Mitgliedern des Vereins überhaupt —, so wird es diesem Stamm nunmehr nicht allzu schwer fallen, durch eine unablässige Propaganda in Haus und Fabrik weitere Mitstreiterinnen zu werben. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß sie ihr Augenmerk auf die Frauen richten, die zu Tausenden und aber Tausenden in den Textilfabriken als Lohnslaven fronen. In die Einsichtslosigkeit und Gleichgültigkeit, die sie noch beherrscht, gilt es Breche zu schlagen. Diese Proletarierinnen schaffen für lumpige Pfennige den Unternehmern ungeheuren Reichtum und verhungern dabei langsam im buchstäblichen Sinne des Wortes. Damit nicht genug, daß sie sich selbst mit erbärmlicher Bezahlung begnügen, sie drücken auch noch den Lohn der Männer tief und tiefer. Diese ausgebeuteten Frauen zum Bewußtsein ihres Glends und seiner Ursachen zu erwecken, sie aus Kreuzesträgerinnen zu Kämpferinnen zu machen, das ist die schwere Aufgabe, die unseren Genossinnen entgegentritt. Glüd auf zu ihrer Arbeit!

**Jahresbericht der Stettiner Genossinnen.** Unsere Frauenbewegung ist im vergangenen Tätigkeitsjahr einen Schritt vorwärtsgekommen. Die Genossinnen haben sich recht zahlreich an den Parteiarbeiten beteiligt. Regelmäßig haben monatlich zwei Diskussionsabende stattgefunden, und sie werden auch im Sommer fortgesetzt. Es wurden dabei belehrende Vorträge gehalten, ferner wurde von den Genossinnen passende Literatur vorgelesen. Wir können einen guten Erfolg dieser Diskussionsabende verzeichnen, die Zahl der Besucherinnen ist bis zum Jahreschluss auf 80 gestiegen. Im Dezember hielt Genossin Wartenberg-Altona einen Lichtbildervortrag über die Wirkung der Frauenerwerbsarbeit auf den Gesundheitszustand der Frau. Im Februar sprach Genossin Leu-Kolmar in einer öffentlichen Versammlung über die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Frauen. Es wurden bei dieser Veranstaltung neue Genossinnen gewonnen. Am 23. Februar fand im Volkshaus die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz der Provinz Pommern statt, auf der Genossin Zieß ein vortreffliches Referat über die Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Organisation hielt. Der Frauentag, an dem Genossin Käbler-Hamburg in zwei gut besuchten Versammlungen sprach, brachte uns einen schönen Erfolg. Die Zahl der Genossinnen ist von 500 auf 578 gestiegen. Noch viele Schwierigkeiten stehen unserer Arbeit entgegen. Sie machen aber die Genossinnen nicht mutlos. Sie treiben sie an, mit um so größerer Freudigkeit im Sinne des Sozialismus weiterzuarbeiten. *Berta Buchelt.*

**Die Kinderschaukommission für Groß-Stettin** hat im vergangenen Jahre recht tüchtig gewirkt. Zahlreiche Fälle von gefehwrigter Beschäftigung von Kindern, die uns gemeldet wurden, haben wir untersucht, und es gelang uns meist, auf gütlichem Wege die Sache zu regeln. Zum Brötchen- und Milchaustragen werden in Stettin so gut wie gar keine Kinder verwendet. Sehr schlimm sieht es dagegen mit dem Zeitungsausstragen aus. So müssen Kinder den „Stettiner Generalanzeiger“ in der Frühe um 4 und 4½ Uhr vor der Schule austragen. Die Kommission hat auch hier eingegriffen, sie stieß dabei aber auf den Widerstand der Eltern. Sie ist daher mit den Schulleitern und Lehrern in Verbindung getreten, die ihre Hilfe gern zugesagt haben. So hoffen wir auch hier durch Aufklärung und Verständigung die Kinder von ihrer harten Bürde zu befreien. *Berta Buchelt.*

### Politische Rundschau.

Das Milliardenopfer auf den Altar des Militarismus ist bewilligt, die Riesenwehrvorlage unter Dach und Fach. Ohne jeden Abzug hat der Imperialismus die gewaltige Beute hereingebracht — nicht einmal die jämmerliche Halbheit der Streichung dreier Kavallerieregimenter von den geforderten sechs haben die bürgerlichen Parteien zum Schlusse aufrecht zu erhalten gewagt. Der Imperialismus darf mit der Entwicklung der Dinge im bürgerlichen Lager durchaus zufrieden sein. Alle bürgerlichen Parteien sind seine gehorhamen Knechte, und wenn sie auch zum Teil um ihrer Wähler willen ein wenig nörgeln, sie bewilligen doch die ungeheuerlichsten militärischen Forderungen, Forderungen, die vor zwanzig Jahren noch einen Sturm der Entrüstung und des Entsetzens im Bürgertum, vor allem im „demokratisch“ gesinnten Kleinbürgertum hervorgerufen hätten.

Die Nörgeleien der Bürgerlichen vor der entscheidenden Abstimmung bezogen sich übrigens mehr auf gewisse Begleiterscheinungen des Militarismus denn auf die Forderungen selber — deren Bewilligung wurde ja im gesamten bürgerlichen Lager von vorn-

herein als selbstverständlich angesehen, und sie hätte, wenn eben nicht die Rücksicht auf einen Teil der Wähler noch gewesen wäre, ohne Debatte mit dreimaligem Hurra erledigt werden können. Nationalliberale, Zentrum und Fortschrittler vertraten mehr oder minder entschieden die Meinung, daß ihnen, wenn sie dem Volke die neue Last aufbürden, von der Seereszeitung gewisse Konzeptionen gewährt werden müßten. Sie wünschten, daß die jahrzehntelang vorgetragenen Beschwerden über Bevorzugung des Adels im Offizierskorps, Ausschluß der Juden vom „ersten Stand“, Mißhandlung der Mannschaften und dergleichen mehr endlich beachtet und berücksichtigt würden. Es wäre ja das Gegebene gewesen, die Gelegenheit zur Durchsetzung von Reformen zu benutzen. Nur daß die bürgerlichen Parteien sie eben nicht zu benutzen wagten. Denn gegenüber einem starren System, wie es der preussisch-deutsche Militarismus ist, sind alle Worte und Verschwörungen nutzlos. Solch einem System läßt sich nur durch harten Zwang etwas abzwacken, und eben vor dem Zwange schreckten die bürgerlichen Parteien zurück. So erst es ihnen angeblich mit der Kritik der Mißstände im Heere war, sie wollten doch nicht den einzigen, richtigen Weg gehen, der zu deren Veseitigung geführt hätte und den ihnen die Sozialdemokratie wies. Diese hatte beantragt, entsprechende gesetzliche Bestimmungen einfach in die Wehrvorlage einzufügen, so daß die Regierung die Seeresvorlage nur bekommen konnte, wenn sie auch den Reformen zustimmte. Immerhin hat die sozialdemokratische Fraktion, die in der Kritik von der Reichstagstribüne herab nicht nachließ und alle wunden Stellen des Militarismus immer aufs neue aufdeckte, die bürgerlichen Volksvertreter ein wenig vorwärts getrieben. Sie knüpften dem Kriegsminister wenigstens das Versprechen ab, alle ihre Resolutionen, die die geforderten Reformen zum Gegenstand haben, sollten sorgfältig geprüft und erwogen werden. Ob auch nur das Geringste dabei herauskommt? In jedem Falle ist die sozialdemokratische Arbeit nicht ohne Erfolg gewesen. Einmal hat sie zweifellos die Öffentlichkeit auf die vielen Schäden aufmerksam gemacht, die der Militarismus neben seiner unmittelbaren unheilvollen Wirkung mit sich bringt. Und dann, bleiben die Versprechungen des Kriegsministeriums ohne Folgen, so kommt die dadurch erzeugte Stimmung nur unserer Agitation gegen den Militarismus als Ganzes zugute.

Kurz, bevor der Schlupfunkt unter die Wehrvorlage gesetzt wurde, haben die bürgerlichen Parteien doch noch etwas mehr Energie gegen die Barbarei der Militärgewalt aufbringen müssen, als sie gewillt waren. Und das hat ein Blutrteil des Kriegesgerichts zu Erfurt getan, das wie eine Bombe in die dem Schlusse zueilenden Verhandlungen, mitten unter die schon die Koffer padenden Reichsboten hineinsplachte. Der Militarismus hatte gerade noch in letzter Stunde ein entsetzliches Bild seines wahren Wesens geliefert. Ein Schrei des Entsetzens ging durch Deutschland, als man hörte, daß sieben Proletarier, davon sechs Familienväter, auf lange Jahre ins Zuchthaus oder Gefängnis wandern sollen, weil das Militärgericht aus einer alltäglichen Wirtschaftsauferei einen militärischen Aufruhr macht. In dem Erfurter Fall zeigen sich drei Ungeheuerlichkeiten des Militärrechts eng verschwistert. Erstens die grausame Barbarei des Militärstrafgesetzbuchs, das bei Vergehen gegen die heilige Disziplin drakonische Strafen festsetzt und keine mildernden Umstände zuläßt. Zweitens die Bestimmung, daß Bürger, die als Reservisten oder Landwehrmänner zu den gänzlich überflüssigen militärischen Kontrollversammlungen zu erscheinen haben, den ganzen Tag über unter den Militärgesetzen stehen. Und drittens die ebenso unbegründete Bestimmung, daß der Gendarm, der keinerlei unmittelbare Beziehung mehr zum Heere hat, als militärischer Vorgesetzter gilt. Durch die letzten zwei Bestimmungen sichert sich der Militarismus auch im Frieden eine über den Rahmen des Heeres hinausreichende Gewalt, und so wird aus einem verhältnismäßig harmlosen Vergehen, das vom bürgerlichen Gericht an Studenten mit einer Geldstrafe und an Proletariern mit ein paar Monaten Gefängnis geahndet wird, ein schweres militärisches Verbrechen, das die Schuldigen auf lange Jahre ins Zuchthaus bringen kann. Unter dem Eindrud dieser Ungeheuerlichkeit und getrieben von dem Stachel, den ihnen die sozialdemokratische Fraktion in Gestalt eines entsprechenden Antrags sofort in die Weichen gesetzt hatte, mußten sich die bürgerlichen Parteien zur Forderung eines Notgesetzes aufraffen, das für einige der schlimmsten Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs mildernde Umstände einführt. Sogar die Regierung konnte sich der Gewalt der leidenschaftlichen Empörung nicht entziehen, der die sozialdemokratischen Redner Ausdruck verliehen. Sie wagte es gar nicht erst, gegen das Notgesetz anzukämpfen. Der Reichskanzler versprach, um Schlimmeres zu verhüten, nämlich die Einfügung der Änderung des Militärstrafgesetzbuchs in die Wehrvorlage selber,



daß er im Bundesrat für das Notgesetz eintreten werde. Fast einstimmig hat es der Reichstag schließlich angenommen; selbst die Konservativen, deren Blätter und Redner doch noch einige mißvergnügte Worte über das schnelle Verfahren und die Erpressertaktik des Reichstags gemurmelt hatten, wagten in ihrer Mehrheit nicht dagegen zu stimmen. Ob das Vertrauen, das der Reichstag in das Versprechen des Kanzlers gesetzt hat, gerechtfertigt war, wird sich noch zeigen müssen. Der Bundesrat hat es zwar sehr eilig gehabt, das letzte Siegel auf die Wehrvorlage und die Deckungsvorlagen zu drücken, das Notgesetz aber hat er gemütsruhig an eine Kommission verwiesen, und dann ist er in die Sommerferien gegangen. Erst im Herbst also wird die Entscheidung fallen, ob aus dem Militärstrafrecht einige der schlimmsten Härten verschwinden. Die Hoffnung aber ist kaum noch aufrechtzuerhalten, daß die Opfer des Erfurter Maturteils in der höheren Instanz von den etwaigen neuen mildernden Bestimmungen noch Nutzen haben werden. Auch hier haben die bürgerlichen Parteien sich mit einer Halbheit begnügt und ganze Arbeit verhindert, obgleich die Gelegenheit für einen wirksamen Vorstoß so günstig war wie nie zuvor.

Bei den **D e l u n g s v o r l a g e n** hat sich die Mannhaftigkeit der bürgerlichen Parteien in gleicher Weise erwiesen. Eine ganz leise Drohung des Kanzlers, hinter der wirklich kein entschlossener Wille stand, genügte, die Nationalliberalen und den Teil des Zentrums zum Umfall zu bringen, der für die Steuerpflicht der Fürsten der Vermögenszuwachssteuer gestimmt hatte. Die **S t e u e r f r e i h e i t** der Fürsten wurde beschlossen, um das große Werk nicht in Frage zu stellen. Als ob die Regierung hätte wagen können, es um dieser Bestimmung willen zum Konflikt zu treiben! So sind denn die Deckungsvorlagen zu guter Leht noch mit einer erheblichen Verschlechterung versehen worden. Schon an und für sich ist an ihnen sehr wenig Erfreuliches. Ohne jede Einschränkung sind zu verwerfen die Verbeibehaltung der Zudersteuer, deren Abschaffung oder doch Ermäßigung schon bald ein halb Dutzend mal versprochen worden war und deren unveränderte Verbeibehaltung eine ungerechte und drückende Belastung des Konsums der Kinderbemittelten bedeutet, ferner die neuen Stempelsteuern, die den Mittelstand treffen. Diese Steuern hat die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt. Dagegen hat sie den einmaligen Wehreibetrag und die Vermögenszuwachssteuer bewilligt. Trotz aller Unzulänglichkeiten und aller Mängel, die diesen beiden Steuern anhaften, will die Fraktion in ihnen doch einen Sieg von Grundsätzen sehen, für deren Durchsetzung die Sozialdemokratie ständig gekämpft hat, des Grundsatzes, daß die Besitzenden die Ausgaben des Reiches zu decken haben, und des Grundsatzes direkter Steuern. Sie nimmt an, daß dieses Prinzip sich künftig weiter durchsetzen muß, nachdem es einmal anerkannt ist, und sie sieht in der Vermögenszuwachssteuer den Keim einer Reichseinkommens-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer. Die Konservativen, die mit der Annahme der Vermögenszuwachssteuer überhaupt und besonders deshalb unzufrieden sind, weil sie eine, wenn auch sehr gelinde Besteuerung des Kindeserbes enthält, behaupten in ihrem Arger, diese Steuer bedeute einen glatten Sieg der Sozialdemokratie, die alles erlangt habe, was sie wollte. Das ist nun freilich nicht wahr. Die Konservativen machen jetzt dem Zentrum Vorwürfe, daß es seinen Standpunkt durch die Zustimmung zur Vermögenszuwachssteuer aufgegeben, daß es die Sache der Steuerdrückeberger verraten habe, die sich verpflichtet hätten, die Besteuerung des Kindeserbes zu bekämpfen. Das Zentrum aber verteidigt sich damit, daß es durch seine Zustimmung Schlimmeres habe verhüten müssen. Denn sonst wäre die reine Erbschaftsteuer gekommen, die von einer Mehrheit von Nationalliberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten beschlossen worden wäre. Die konservativen Blätter bestritten, daß die Regierung diese Steuer durchgelassen hätte; die Zentrumspreffe behauptet aber, aus durchaus sicherer Quelle zu wissen, daß Bethmann Hollweg auch eine solche, von einer durch die Sozialdemokratie gebildeten Mehrheit beschlossene Steuer genehmigt hätte, wenn sie auf andere Weise das Geld für die Wehrvorlage nicht bekommen hätte. Der Kanzler sei dazu entschlossen gewesen, obgleich er vorher im Bundesrat die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht hatte, für die dort eine große Mehrheit war. Diese Enthüllung ist der „Kreuzzeitung“ mächtig in die Glieder gefahren, und sie hat erklärt, daß der letzte Rest des Vertrauens der Junker zur Regierung schwinden müsse, wenn die Meldung des Zentrumsblattes nicht dementiert werde. Sie ist aber nicht dementiert worden, alle Regierungsblätter haben sich ausgeschwiegen. Womit sie also bestätigt ist, und womit vor allem erwiesen ist, daß der Liberalismus mit Leichtigkeit eine gute Erbschaftsteuer an Stelle der schlechten Vermögenszuwachssteuer hätte machen können, wenn er ein wenig Mut aufgebracht hätte. Aber

wahrscheinlich haben die Nationalliberalen und der Fortschritt gefürchtet, eine Erbschaftsteuer, an der die Sozialdemokratie mitarbeitete, könnte zu gut werden, das heißt den Leuten mit Vermögen zu verb an den Beutel greifen.

Ein Prozeß „mit abscheulichem politischem Hintergrund“, wie einer der bürgerlichen Verteidiger sagte, hat sich in Schweidnitz vor dem Schwurgericht abgespielt. Der Geschäftsführer Weichelt und der Faktor **S o f f m a n n** unseres **W a l d e n b u r g e r** Parteiblattes der „Vergwacht“ waren des Meineids angeklagt, den sie in einem Verleumdungsprozeß wegen eines Flugblattes geleistet haben sollen. Sie haben es bestritten; hätten sie es getan, so hätten sie, wie selbst der Staatsanwalt zugeben mußte, nicht aus unedlen Motiven gehandelt. Die Geschworenen haben beide schuldig gesprochen, während sie den dritten Angeklagten, den Arbeitersekretär **O s t e r r o t h**, für nichtschuldig erklärten. Genosse **S o f f m a n n** wurde zu 1 Jahr 6 Monaten, Genosse **W e i c h e l t** zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Abgesehen von den allerschmutzigsten Schamacherblättern wagt indes kein Blatt, den Prozeß in der früherer gewohnten Weise gegen die Sozialdemokratie auszubehüten. Die Vorgeschichte ist nämlich zu bedenklich. Die Verhandlung hat ergeben, daß ein Klopffechter des Reichsverbandes, der Chefredakteur **L i p p o l d** von dem freikonservativen Blatte **W a l d e n b u r g s**, den Prozeß angezettelt hat, daß er den Denunzianten, den ehemaligen Vergwachtexpedienten **K o e h l e r** dadurch zur Anzeige erkaufte hat, daß er die Anstellung in dem Betrieb seines Blattes von dieser Anzeige abhängig machte. Hinter **L i p p o l d** stecken wieder die Grubenbesitzer des **W a l d e n b u r g e r** Reviers.

Unterlegen ist die Rechte in den beiden Reichstagsnachwahlen von **S a l z w e d e l - G a r d e l e g e n** und **J ü t e r b o g - L u c k e n w a l d e**. Im ersteren Kreise wurde einer der schärfsten Reaktionsäre, der Junker **J o r d a n v. K r ö c h e r**, von dem nationalliberalen Bauernbündler **D r. W ö h m e** mit sozialdemokratischer Hilfe geworfen, im zweiten wurde Genosse **G w a l d** gleichfalls in der Stichwahl gegen den Freikonservativen **v. O e r z e n** gewählt. Hier hatte der Fortschritt sich wenigstens zu der Halbheit einer Wahlparole gegen den Reaktionsär aufgeschwungen, während die Nationalliberalen diesem zu Hilfe eilten. Übrigens hat auch ein nicht kleiner Teil der Fortschrittler für den Freikonservativen gestimmt. Da aber der Sozialdemokrat einen größeren Vorsprung hatte — seine Stimmzahl war gegen 1912 um rund 400 gewachsen —, so konnte diese Fahnenflucht den Sieg des Sozialdemokraten nicht mehr verhindern.

Auf dem **B a l k a n** ist der Krieg zwischen den Verbündeten um die makedonische Beute zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits mit voller Wucht und Wut losgebrochen. Außerdem ist **R u m ä n i e n** in Bulgarien eingerückt, um im Norden ein größeres Gebiet zu rauben. Die bulgarische Armee hat in Makedonien vor den Serben und Griechen unter ungeheuren Verlusten zurückweichen müssen, und in seiner Not hat Bulgarien **R u s s l a n d** um Friedensvermittlung ersucht. Ob die Sieger sich aber jetzt aufhalten lassen, ist fraglich, und die Gefahr besteht immer noch, daß sich europäische Verwicklungen ergeben.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine sehrreiche Zusammenstellung über die Stärke der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen im Verhältnis zu der Zahl der überhaupt Beschäftigten hat das statistische Reichsamt veröffentlicht. Lehrreich ist diese Zusammenstellung vor allem deswegen, weil sie den Arbeitern und Arbeiterinnen zeigt, wie unendlich viel Organisationsarbeit noch zu leisten ist. Unter der Zahl der Organisierten sind die Mitglieder jeder Gewerkschaftsrichtung besonders zusammengefaßt. Von **8 059 589** Arbeitern und Arbeiterinnen, die von der Veruzszählung im Jahre 1911 erfasst wurden, sind nur **2 204 857** organisiert. Es sind das nicht viel mehr als der vierte Teil der Beschäftigten, genau **27,5** Prozent. In einzelnen Industriegruppen weist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diesen Durchschnitt übersteigende Prozentsätze auf. So sind die Arbeiter des **p o l y g r a p h i s c h e n** Gewerbes zu **65** Prozent organisiert, die der **S o l z i n d u s t r i e** zu **57,9** Prozent, die der **M e t a l l i n d u s t r i e** zu **57,7** Prozent. Dagegen bleiben unter dem Durchschnitt zurück das **V e l l e i d u n g s g e w e r b e** mit **17,4** Prozent und die **M a c h u n g s - u n d G e n u s m i t t e l i n d u s t r i e** mit **17,1** Prozent; am schlechtesten steht es um die Organisation in der Industrie der **S t e i n e u n d E r d e n**, hier hat sie nur **10,7** Prozent der Beschäftigten erfasst. Eine weitere sehr ernste Mahnung für das Proletariat ist die Tatsache, daß die Organisationen der Unternehmer



schon weiter ausgebaut sind als die feineren. Zwar besitzen auch die Unternehmer bei weitem keine allgemein umfassende Organisation, trotzdem ihnen die Werbearbeit schon durch ihre weit geringere Zahl bedeutend erleichtert ist, ebenso durch vielerlei andere auf der Hand liegende Gründe. Immerhin macht aber der Zusammenschluß der Unternehmer zu großen Verbänden gewaltige Fortschritte. Freilich darf für die Beurteilung der Macht der Arbeiterorganisationen nicht allein das Zahlenverhältnis zwischen Organisierten und Unorganisierten entscheidend sein — ganz abgesehen davon, daß es eine große Zahl Beschäftigter gibt, die überhaupt nicht organisationsfähig sind, die aber auch bei den gewerkschaftlichen Kämpfen nicht in Betracht kommen. Wichtig ist vor allem, daß die in den Gewerkschaften Vereinigten doch schließlich die Klasse der Arbeiterschaft darstellen, die die Avantgarde im wirtschaftlichen Klassenkampf bilden. Das aber infolge ihrer allgemeinen und beruflichen Tüchtigkeit und nicht zuletzt dank ihrer klaren Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und damit auch für die eigene Klasse. So eignet ihnen ein Übergewicht über die großen Quantitäten, und durch ihr Vorwärtsdrängen müssen sie die Angestellten, Trägen und Gleichgültigen aufrütteln und mit fortziehen. Immerhin kann diese Vorhut nie stark genug sein, um den wirtschaftlichen Kämpfen schon von vornherein entscheidend Richtung und Ziel zu geben. Deshalb dürfen unsere Genossen und Genossinnen in der Agitation nie erlahmen, um ihre Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern ihren Organisationen zuzuführen. Das geschieht um so erfolgreicher, je mehr diese Agitation vom Geiste des Klassenkampfes erfüllt ist.

In der Lohnbewegung der **Werftarbeiter** wird zurzeit noch unterhandelt. Die Unternehmer haben dabei bis jetzt noch nicht Farbe bekant, wie sie sich zu den Forderungen der Arbeiter stellen werden. In **Hamburg** allerdings erscheint der Streik unvermeidlich. Dort sind die Verhandlungen bereits auf dem toten Punkt angelangt, weil die Unternehmer weder bei der Lohnfrage noch bei der Verkürzung der Arbeitszeit Zugeständnisse machen wollen.

Im **Stettiner Konfektionsgewerbe** ist der drohende Kampf noch abgewendet worden. Durch Verhandlungen der Zentralkomitees kam es zu einer Einigung und zum Abschluß eines Tarifvertrags. Eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen nahm mit 1318 gegen 553 Stimmen die neuen Bedingungen an. Danach werden die Grundlöhne bis um 10 Prozent erhöht. Für Extrararbeiten wurde eine größere Anzahl neuer Positionen in den Vertrag aufgenommen. Aber die Anfertigung von Herren- und Knabenkonfektion sind ebenfalls tarifliche Vereinbarungen getroffen worden. Hoffentlich haben auch die Wünsche der Arbeiterinnen befriedigende Berücksichtigung erfahren.

Die **Handschuhnäherinnen** im **Erzgebirge** streiken. In dem wichtigen Sitze der Handschuhindustrie **Johann-Georgenstadt** legten zunächst 500 Handschuhnäherinnen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer eine geringe Lohnzulage nicht bewilligen wollten. Die Zahl der ausländischen Näherinnen wuchs bald auf 1000 an. Die Löhne der Näherinnen sind seit zwanzig Jahren nicht erhöht, eher erniedrigt worden, obgleich die Kosten der Lebenshaltung so ungeheuerlich verteuert worden sind. Trotzdem scheuen die Behörden nicht vor dem Versuch zurück, dem Kampfe eine Wendung zugunsten der Ausbeuter zu geben. Sie veröffentlichten den berüchtigten § 183 der Gewerbeordnung im Wortlaut, um die Streikenden einzuschüchtern und den Arbeitswilligen Mut zu machen. Diese Liebesmüh zu Ruh und Frommen des Geldsacks wird jedoch verloren sein, denn fast sämtliche Arbeiterinnen sind organisiert. Der Streik greift auch auf das angrenzende böhmische Gebiet über.

In den **Plakatprägereien** von **Dresden** und Umgebung stehen Kämpfe bevor. Die Arbeiter und die in jenen Fabriken sehr zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen haben den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen eingereicht, der einige geringe Verbesserungen der Arbeitsbedingungen enthält. Die Unternehmer drohen mit Entlassungen und suchen anderwärts Arbeitskräfte.

Zu **Streikrawallen** kam es in **Mülhausen i. E.** durch die mittelbare Schuld der Eisenbahnbehörden. Seit einigen Wochen streiken dort etwa 150 **Erdarbeiter**, die beim Bau der Eisenbahn beschäftigt werden. Die diese Arbeiten ausführende **Berliner Tiefbaufirma** soll gezwungen werden, den Tarif einzuhalten, der zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation in **Mülhausen** besteht. Der Lohn beträgt laut Tarif 58 Pf. pro Stunde, die Firma zahlte nur 39 bis 42 Pf. Die Bauarbeiterorganisation wandte sich an die Generaldirektion der Reichseisenbahnen mit dem Ersuchen, die Firma zur Einhaltung des Tarifes zu veranlassen. Die Eisenbahnbehörde antwortete, daß sie keine Handhabe besitze, um in gewünschtem Sinne auf die Firma einzuwirken zu können. Empörend genug, wenn Reichsbehörden bei der

Vergebung von Arbeiten dem Unternehmer nicht die Pflicht auferlegen, mindestens tarifliche Arbeitsbedingungen zu beachten! So kam es zum Streik. Vergebens suchte der Unternehmer aus dem Inland Arbeitswillige heranzuziehen, aber schließlich bekam er 40 **Kroatat**, und zwar offensichtlich mit Unterstützung der Bahnverwaltung. Mit diesen Streikbrechern kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei die in das Streikgebiet beorderten Vaterlandsverteidiger in Aktion traten. Zwei Menschenleben sind als Opfer der Tatsache gefallen, daß wir unter einer Massenordnung leben, die ihre Macht für den ausbeutenden Reichtum einsetzt. Kein Wunder, wenn es immer wieder zu **Krawallen** durch Streikbrecher kommt. Besonders die **Hinzbrüder** sind in der Mehrzahl moralisch minderwertige Gesellen, die weder Recht noch Anstand achten. Ein **Brauereidirektor** kennzeichnete sie auf Grund seiner Erfahrungen folgendermaßen: „Um 1/9 Uhr morgens könne man nicht mehr dafür garantieren, daß sie noch nüchtern seien, und wo sie gehaust hätten, könne man keinem anderen Arbeiter mehr zumuten, hinzugehen, ohne daß vorher gereinigt worden sei.“ Doch unter den schühenden Fittichen der hochwohlwollenden Behörden nehmen die Unverschämtheiten und Ausschreitungen dieser „nützlichen Elemente“ täglich aufreizendere und gefährlichere Formen an.

Und in den Fußstapfen der Streikbrecherlieferanten wandeln die **Christlichen Gewerkschafter**. Fast täglich werden jetzt Fälle bekannt, in denen **Christliche Gewerkschaftsführer** in bestreifte Betriebe ihre Mitglieder als Streikbrecher beordern. Nicht in jedem Falle glückt ihnen ihre **Judastat**. Die Mitglieder der **Christlichen Gewerkschaften** weisen doch oft die ihnen von ihren Führern zugemutete **verräterische Rolle** zurück. Immerhin bringt die **schmutzige Taktik** der **Christlichen** den **Arbeitern** und **Arbeiterinnen** großen Schaden. Da aber bei einer wachsenden Schar von **Proletariern** die Erkenntnis von dem ehrlichen Willen und Streben unserer Gewerkschaften sich **Wahn** bricht, so wird den **Christlichen Treibereien** und **Verrätereien** allmählich das **Feld** abgegraben. #

### Genossenschaftliche Rundschau.

Mitte Juni wurde, wie üblich, der **Genossenschaftstag** des **Zentralverbandes deutscher Konsumvereine** abgehalten. Zehn Jahre sind verfloßen, seitdem in **Dresden** der Zentralverband ins Leben gerufen wurde. Die interessante Geschichte seiner Gründung darf als bekannt vorausgesetzt werden, da sie wiederholt in der **Partei** und auf **Kongressen** besprochen wurde. Man hatte auch diesmal **Dresden** als **Tagungsort** gewählt, wo zu derselben Zeit der dortige **Konsumverein** **Vorwärts** sein **25jähriges Bestehen** feiern konnte. So war es denn kein Wunder, daß die **Dresdener Genossenschaftswoche** stark unter dem **Eindruck** der Erinnerung an die ungeheure Entwicklung stand, die die **deutsche Konsumvereinsbewegung** genommen hat. Die **Tagesordnung**, die vorwiegend der **Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten** diente, wurde **glatt** erledigt; die **sozialistische Tagespresse** hat **bereits** eingehender darüber berichtet, so daß an dieser Stelle nur eine **zusammenfassende Übersicht** gegeben werden soll.

Als **Mißstand** stellte sich auch diesmal wieder heraus, daß ein **Kongreß** mit so viel **Teilnehmern** — über 1000 **Delegierte** — wenig **verhandlungsfähig** ist, so daß er **notgedrungen** mehr zu einer **formell beschließenden**, denn zu einer **erörternden, debattierenden Körperschaft** wird. Um die **Delegierten** unterzubringen, müssen **sehr große Lokale** gewählt werden, die sich zu **Verhandlungen** durchaus nicht eignen. Dieser **übelstand** wird jetzt **allgemein** eingesehen, und man wird ihm **irgendwie** abhelfen müssen, wenn der **Genossenschaftstag** nicht an **Bedeutung** verlieren und rein **demonstrativen** und **dekorativen Charakter** erhalten soll. Einen **Ausweg** hat man schon **geschaffen**, der aber das **Ubel** selbst nicht **berührt**, vielmehr der **Ausschaltung** des **Genossenschaftstages** in **bedenklicher Weise** den **Weg** ebnen könnte, wenn der **Genossenschaftstag** selbst nicht zugleich mit **reformiert** wird. Im **vorigen Jahre** wurde ein **Generalrat** geschaffen, der ein **Bindeglied** zwischen dem **Genossenschaftstag** und der **eigenlichen Leitung** des **Zentralverbandes** sein soll und **tatsächlich** ist. Er besteht aus **108 Personen** und ist aus je **12 Vertretern** der **Revisionsverbände** und der **Großeinlaufsgesellschaft** **zusammengesetzt**. Er soll in der **Regel** jährlich **zweimal** tagen und alle **wichtigen Fragen** in **Gemeinschaft** mit dem **Vorstand** und **Ausschuß** **vorberaten** und dem **Genossenschaftstag** **Vorlage** machen. Der **Generalrat** hat in diesem **Jahre** **unmittelbar** vor dem **Genossenschaftstag** seine **erste** **sehr** **ausgedehnte** **Sitzung** **abgehalten**, in der sich **allerdings** **unzweifelhaft** **herausgestellt** hat, wie **nützlich** und **nötig** das **neue Organ** werden kann. Auf diese **Weise** ist einem **größeren Kreise** aus dem **ganzen** **Reiche** die **Möglichkeit** gegeben, **unmittelbar** an **allen Fragen** mit-



zuwirken und allzu großem Einfluß einzelner leitender Personen vorzubeugen. Hier ist die eingehende Aussprache möglich, die nötig ist, um wichtige Dinge spruchreif zu gestalten. Nachteilig könnte die Einrichtung unter Umständen aber dann werden, wenn sich der Genossenschaftstag nun noch weniger um die von ihm zu erledigenden Angelegenheiten kümmerte, sich allzusehr und in jedem Falle auf den Generalrat verließ. Hier die richtigen Maße der Instanzen zueinander zu finden, das wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit sein. Die Mitglieder des Generalrats haben, was in der Natur der Sache liegt, auf dem Genossenschaftstag Sitz und Stimme. — Bemerkenswert war eine Wendung in der Begrüßungsansprache, die Genosse Fräßdorf im Namen des Dresdener Vorwärts hielt. Er betonte unter lebhafter Zustimmung des Genossenschaftstages — der im städtischen Ausstellungspalast stattfand —, daß die Konsumvereine zwar keine Politik treiben wollen und sollen, daß sie aber auch nicht abrücken dürfen von dem politischen Teils der modernen Arbeiterbewegung, die die Konsumvereine schützt und fördert; eine Bewegung, deren Fleisch und Blut wir sind. Wir hoffen, daß diese Worte der weitaus größten Zahl der Delegierten, wenn nicht allen, aus der Seele gesprochen waren. Es war sehr nötig, daß auf einem Genossenschaftstag wieder einmal sozusagen programmatisch auf das innige Verhältnis zwischen Partei und Konsumvereinen hingewiesen wurde. Die Begrüßungsrede, die ein liberaler Stadtverordneter hielt — die Stadtverordneten waren durch eine Deputation von drei Mann vertreten —, hat ein tragikomisches Nachspiel gehabt. Den Konservativen und Mittelständlern ist diese Rede nämlich zu objektiv, zu konsumvereinsfreundlich und vernünftig gewesen. In der nächstfolgenden Sitzung der Stadtverordneten schlugen sie Lärm und protestierten dagegen, daß jener Stadtverordnete im Namen des Kollegiums gesprochen habe. Die Herren blieben mit diesem lächerlichen Widerspruch jedoch auf ihre Gruppe beschränkt und hatten nun auch noch die Blamage.

Aus der Debatte über den Bericht der Entwicklung des Zentralverbandes sei die Äußerung eines Hamburger Delegierten herausgegriffen, die ein Problem der Genossenschaftsbewegung berührt. Er trat dafür ein, daß zwischen den Landwirten und den Konsumvereinen bessere Beziehungen herbeizuführen wären. So wünschenswert das allerdings an sich ist, muß doch gesagt werden, daß die Verhältnisse gegen den Wunsch sprechen. Die Landwirte und ihre Genossenschaften haben als Produzenten eben andere, den Verbrauchern meist entgegengelegte wirtschaftliche Interessen! So erklärt sich denn auch, daß selbst der Zentralverbandsvorsitzende berichten mußte, daß seine Bemühungen nach dieser Richtung bisher ohne nennenswerten Erfolg waren. — Die Schaffung eines Musterstatuts für die Konsumvereine, das im Entwurf vorlag, wurde dem Generalrat zur weiteren Erörterung überwiesen. — Großes Interesse hatte ein Vortrag des Geschäftsführers des Konsumvereins in Basel über den Betrieb Konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien. Die Frage ist in den Kreisen der deutschen Konsumvereine noch umstritten. Über die Schwierigkeit ihrer Lösung aber besteht fast eine Meinung. In Basel hat man langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet, und der Referent kam zu dem Schlusse, daß die Fleischerei auch im Konsumverein rentabel wird, wenn die nötigen Voraussetzungen gegeben sind zum Betrieb, den er eingehend erörterte. In der Debatte sprachen fast nur Vertreter von Vereinen, die die Fleischerei eingeführt haben oder nächsten einführen wollen. — Das instruktive und orientierende Referat v. Elms über die Volksfürsorge wurde ohne Schwierigkeiten abgelesen. — Eine Resolution erneuerte die vor sechs Jahren beschlossenen Grundsätze des Tarifamtes. In der Besprechung der Tätigkeit des Tarifamtes wurde auch darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit Tarife ablaufen und neue geschlossen werden müßten. Das wird anscheinend nicht ganz ohne Schwierigkeiten abgehen. Beklagt wurde darüber, daß manche Gewerkschaften nicht lohn genug in der Arbeitsvermittlung gegenüber den Konsumvereinen sind. Ferner wurde beschlossen, der Fortbildungskommission mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Bisher war die Beitragsleistung der einzelnen Vereine freiwillig; nunmehr ist jeder gehalten, einen bestimmten Betrag nach der Zahl der Mitglieder zu leisten. Auf diese Weise erhält die Kommission für das kommende Jahr eine Summe von etwa 75 000 Mk.! — Der nächste Genossenschaftstag wird in Bremen abgehalten.

Die letzte Nummer des „Filialleiter“, Organ der Lagerhalter, enthält eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vereinen des Zentralverbandes, die über eine Million Mark Umsatz erzielen. Eine flüchtige Durchsicht

dieser Statistik ergibt, daß sie wohl nicht mehr allenthalben zutrifft, also zur Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht für jeden Fall brauchbar ist. Wir erwähnen das deshalb, weil in der Statistik jeder Hinweis fehlt, zu welchem Zeitpunkt sie aufgenommen und abgeschlossen wurde. Dieser Mangel könnte zu unnötigen Mißverständnissen führen.

Der Breslauer Konsumverein ist der Mitgliederzahl nach der größte in Deutschland, ja wohl der größte überhaupt. Er steht unter bürgerlicher Leitung und gehört infolgedessen auch dem bürgerlichen Allgemeinen Genossenschaftsverband an. Er hat Ende 1912 sein 47. Geschäftsjahr beendet und zählte 97 864 Mitglieder. Im Umsatz hingegen steht der Breslauer Verein hinter den Vereinen des Zentralverbandes zurück. Der Umsatz betrug 25 758 587 Mk. oder nur 263 Mk. auf den Kopf des Mitglieds. Dabei ist allerdings zu beachten, daß der Breslauer Verein keine Konfektions- und Schnittwaren führt. Trotz alledem ist der Durchschnittsumsatz von 263 Mk. außerordentlich niedrig; bei den großen Vereinen des Zentralverbandes ist er um etwa ein Drittel höher. Steuern mußte der Verein die erschreckliche Summe von 343 529 Mk. zahlen! Personen beschäftigte er 1022, und Verkaufsläden unterhält er 82.

H. F.

## Notizenteil.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

**Vom Arbeiterinnenclend in der Textilindustrie.** Innerhalb des Textilgewerbes ist die Juteindustrie wegen der schlechtesten Arbeitsbedingungen berüchtigt. Stärkste Ausbeutung der Arbeitenden paart sich hier mit einer unwürdigen Behandlung, die an Sklaverei grenzt. Daß die Ausgebeuteten dies ohne zu meutern ertragen, findet seine Erklärung darin, daß das Jutekapital seine Arbeitskräfte mit Vorliebe in Ländern sucht, wo die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes noch ganz rückständig sind und das proletarische Klassenbewußtsein sich noch nicht entwickelt hat. So in Italien, Galizien, Russisch-Polen. Aus immer entfernteren Gegenden müssen die Jutekapitalisten ihre „Hände“ herbeiholen, da in nähergelegenen die Proletarier bereits soweit aufgeklärt sind, daß sie nicht mehr zu allen Bedingungen mit ihrer Arbeitskraft Wucher treiben lassen. Die Ausländer sind um so leichter Beute des Kapitals, als sie mit den Verhältnissen nicht vertraut und meist auch der deutschen Sprache unkundig sind. Jahreskontrakte, Fabrikparkassen, Fabrikwohnungen und Mädchenheime sind die Mittel, mit denen die fremden Arbeiter und Arbeiterinnen an die Betriebe gefesselt werden. So hat erst kürzlich die Norddeutsche Spinnerei und Weberei in Ostrik i. S. ein neues Mädchenheim eröffnet, das für 100 Jungsassen berechnet ist. Die Bewohner des Mädchenheims stammen sämtlich aus Galizien und sind durch die deutsche Arbeiterzentrale Berlin, Grenzamt Myslowitz, vermittelt worden. Der auf zwei Jahre abgeschlossene Kontrakt verpflichtet die Mädchen, alle ihnen von der Fabrikleitung zugewiesenen Arbeiten gewissenhaft zu verrichten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen 8 Stunden. Die zwei Stunden Ruhe, die an diesen Tagen das Gesetz den Arbeiterinnen zuspricht, müssen die Mädchen der Küchen- und Hausarbeit im Heim widmen. So wird hier durch den Arbeitsvertrag die Schutzvorschrift des § 137 der Gewerbeordnung unwirksam gemacht. Da die Auszubehutenden ausnahmslos katholisch sind, hat man es im Interesse des Profits für nötig gefunden, die kirchlichen Feiertage durch § 3 des Vertrags möglichst einzuschränken. Als Feiertage gelten nur Neujahr, Heilige drei Könige, Ostern, Fronleichnam, Peter und Paul, Pfingsten, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen, Weihnachten sowie die Sonntage. Auf alle übrigen katholischen Feiertage haben die Arbeiterinnen vertragsmäßig zu verzichten.

Auch das Kapitel der Entlassungsgründe ist interessant. Als solche gelten nicht nur die in der Gewerbeordnung vorgesehenen Umstände. Die Fabrikleitung hat sich vielmehr das Recht vorbehalten, die sofortige Entlassung zu verfügen, wenn sich eine Arbeiterin der Aufwiegelei (soll wohl heißen der Agitation für die Gewerkschaft) schuldig macht; wenn eine Arbeiterin wiederholt in sittlicher Beziehung Argernis erregt oder sich abends nach 9 Uhr auf der Straße mit Burschen herumtreibt; wenn eine unverheiratete Arbeiterin schwanger wird; wenn eine Arbeiterin erkrankt wird. Mit Ausnahme des letzten Grundes wird in allen angeführten Fällen den Arbeiterinnen keine freie Rückreise in die Heimat gewährt. Es ist ein Hoßn auf jede Menschlichkeit, Mädchen, die das Unglück haben, schwanger zu werden, und die zudem der Landesprache fast unkundig sind, von allen Mitteln entblößt auf die Straße zu werfen. Gerade die polnischen Arbeiterinnen sind oft der Willkür und damit den Gelüsten der Fabrikangestellten



preisgegeben. Haben sie in ihrer Unerschlichkeit den Lodungen eines dieser jungen Herren nachgegeben, dann werden sie im Namen der Sittlichkeit und vielleicht von ihrem eigenen Schwängerer auf die Straße geworfen. Ebenso wird ein Mädchen brotlos gemacht, das augenkrank wird. Unter den Zutearbeitern grassiert eine Augenentzündung, die unter dem Sammelnamen „Aggipische Augenkrankheit“ geht. Diese Entzündung ist eine richtige Berufskrankheit und sie wird durch das Eindringen des Zute Staubes in die Augen hervorgerufen, der aus feinsten, scharf zerfetzten und stachelartigen Fäserchen besteht. Die Entlassung ist der Lohn dafür, daß die Arbeiterin im Dienste des Kapitals krank geworden ist. Und hat sie vielleicht soviel verdient, daß sie sich pflegen, kurieren könnte? Die im Mädchenheim wohnenden Arbeiterinnen beziehen bei freier Kost und freiem Logis folgende Löhne. In den ersten sechs Monaten des ersten Jahres 7 Pf., in den nächsten sechs Monaten 7½ Pf. pro Stunde, für das zweite Jahr beträgt der Stundenlohn zunächst 8 Pf. und steigt nach weiteren sechs Monaten auf 8½ Pf. Mädchen über 17 Jahren erhalten pro Stunde 1 Pf. mehr. Kost und Logis wird täglich mit 75 Pf. oder wöchentlich mit 5,25 Mk. angeseht. Diesen Betrag eingerechnet stellt sich also der Verdienst nach mindestens 1½-jähriger Beschäftigung auf höchstens 10,20 Mk. in der Woche bei 55-stündiger Arbeitszeit. Ist eine Arbeiterin nach einem halben Jahr außerstande, den garantierten Lohn von 9,31 Mk. in der Woche zu verdienen, so hat sie die Wahl zwischen ihrem Recht, ohne einen Pfennig im fremden Land auf der Straße zu stehen, und der wühlenden Gnade, zu den üblichen Söhnen im Afford zu schaffen. Daß sie dann noch weniger verdient, ist selbstverständlich. Das ganze Entlohnungssystem ist darauf zugespielt, daß die Mädchen niemals aus ihrer Abhängigkeit vom Betrieb herauskommen. So werden ihnen vor allem bei den ersten sechs Lohnzahlungen jedesmal 5 Mk. Kautions abgezogen, um den Reisevorschub zu decken. Bei ordnungsgemäßigem Abgang, also nach mindestens 2 Jahren, soll zwar den Mädchen die innebehaltene Kautions von 30 Mk. herausbezahlt werden, doch dürfte dieser Fall ein sehr seltenes Ereignis sein. Denn wer nicht völlig bedürftig ist und nur ein wenig Selbstachtung besitzt, wird es unter den gegebenen Umständen nicht 2 Jahre in dem Betrieb aushalten, und dann ist die Kautions der Fabrik verfallen. Schon mehr als ein Mädchen hat dem Heim bei Nacht und Nebel Valet gesagt und seine Kautions im Stich gelassen. Die Lohnberechnungen für zwei Arbeiterinnen aus dem Heim weisen aus, daß diesen in den Monaten Januar und Februar wöchentlich höchstens 2,31 Mk. in bar ausbezahlt worden sind. Nachdem die Beträge für Kost und Logis, Kranken- und Invalidenversicherung, Kautions, Sparkasse und Strafen abgezogen waren, erhielten die Mädchen in diesen 8 Wochen an Barlohn zwischen 1,45 und 2,31 Mk. wöchentlich. Von den Hungerlöhnen werden den Arbeiterinnen auch noch zwangsweise 2 Prozent für die Fabrikparasse abgezogen. Rückzahlungen daraus weiß die Fabrikleitung möglichst zu verhindern. Eher als ihr sauer verdientes Geld gibt man den Arbeiterinnen Vorschub, der dann bei der nächsten Lohnzahlung sofort in Abzug gebracht wird. Nach der Bilanz der „Norddeutschen Zutepperei und -weberei“ waren am 31. Dezember 1910 in der Fabrikparasse zu Ostrix 42.121 Mk. angelegt. Die bürgerliche Presse hat seinerzeit das Mädchenheim und die sonstigen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ des Betriebs über den grünen Klee gelobt. In Wirklichkeit aber sind diese Einrichtungen nur Fesseln, durch die die Arbeiter wehrlos an den Betrieb geschmiedet und damit der schrankenlosen Ausbeutung preisgegeben sind. Nur eine starke Organisation der Ausbeuteten vermag diese Fesseln zu sprengen.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Genossin Mathilda Hyndman †.** Aus den Reihen der englischen Genossinnen ist eine ihrer besten gerissen worden. Am 27. Juni ist in London Genossin Hyndman verstorben. Sie war auf allen internationalen sozialistischen Kongressen eine wohlbekannte Erscheinung und hat auch als Delegierte an der ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart teilgenommen. Agitatorisch ist Genossin Hyndman nicht in größeren Kreisen hervorgetreten, aber sie hat im stillen mit unerschütterlicher Treue und zähem Eifer im Dienste des Sozialismus gewirkt. Und das schon vor mehr als drei Jahrzehnten, als in England die sozialistische Bewegung in den Anfängen stand und von jedem einzelnen, der sich zu ihr bekannte, die höchsten persönlichen Opfer verlangte. Damals war Genossin Hyndman die allzeit überzeugungsstarke, mutige und heitere Beraterin und Freundin des Keinen Häufleins von Männern und Frauen, die sich um das rote Banner zu sam-

meln begannen. Sie machte das Heim ihres Gatten zur guten Zufluchtsstätte für alle, die eines klugen und freundlichen Wortes oder der Hilfe bedurften. So erwartete sie schon damals trotz ihrer Jugend den Weinamen „die Mutter des Sozialismus“. Und als gute Mutter hat sie bis zuletzt sich in der Verocung betätigt. Im buchstäblichen Sinne des Wortes, denn selbst kinderlos fühlte sie ganz besonders heiß für die Kinder der Proletarier und hat kein Opfer gescheut, ihnen ihr hartes Los erträglicher zu machen. Genossin Hyndman gehörte zu den ersten, die angesichts der grenzenlosen Not großer Proletariermassen die unentgeltliche Speisung der Kinder zu organisieren begannen. Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als in London das Heer der Arbeitslosen unheimlich answoll, nahm sie während des Winters in dem Arbeiterbezirk Battersea die Sorge auf sich, bedürftigen Kindern wenigstens ein gutes Mahl täglich zu reichen. Von einer kleinen Zahl Freundinnen unterstützt, hat sie jahrelang jeden Winter mindestens 30.000 Mahlzeiten ausgeteilt. Genosse Hyndman sagt davon in seinen „Erinnerungen“: „Wie meine Frau mit dem allem fertig wurde, konnte ich nicht verstehen. Jedoch sie wurde damit fertig.“ In dem mütterlichen Walten hat sich Genossin Hyndmans Hingabe an ihr Ideal nicht erschöpft. Sie war mit glühendem Herzen bei allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der englischen Arbeiter. Als sie vor Jahren während des großen Streiks der Kohlengräber in Durbly dort an einer Versammlung teilnahm, sprach sie plötzlich auf und riß das ganze Publikum mit fort, indem sie ausrief: „Wenn ich Lady Durbly durch ihren Park fahren sehe, ist es mir, als müßte ich ihr an die Kehle springen.“ Genossin Hyndman hielt es für ihre Pflicht, die sozialistische Frauenbewegung in jeder ihr möglichen Weise zu unterstützen. Sie übernahm alle Arbeiten und Pflichten, die ihr von der sozialdemokratischen Partei, später der britischen sozialistischen Partei zugewiesen wurden und hat namentlich in den verschiedenen Frauenkomitees und Frauenräten mitgearbeitet, die für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter den Proletarierinnen wirken sollten. Anfang März trat sie zum letztenmal vor die Öffentlichkeit, indem sie den Vorsitz bei dem Kongress des Frauenrats der britischen sozialistischen Partei führte. Wie hat sie versagt, wenn es galt, sich zum Sozialismus zu bekennen und sich für ihn einzusetzen. Und so zu handeln, haben ihr die Umstände nicht immer leicht gemacht. Ihr Gatte stand bald im heißesten Kampfesgetümmel und gehörte zu den bestgehabtesten englischen Sozialisten. Seine politische Stellung wirkte so ungünstig auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurück, daß Hyndmans ihr Haus verlaufen mußten und recht drückende Räte empfanden. Genossin Hyndman hat sie mutig getragen. Wie die tiefste Liebe zu ihrem Gatten, so blieb der Sozialismus der Stolz und das Glück ihres Lebens. Nach wohl-erfülltem Tagewerk in freudigem Glauben an den nahenden Triumph des Sozialismus ist sie von uns gegangen. Sie wird lange vermisst und nie vergessen werden.

### Frauenbewegung.

**Ein „Offener Brief“ an Genossen Breitscheid** ging uns aus frauenrechtlerischen Kreisen zu. Er lautet:

Gewiß, Herr Doktor, Sie haben sehr recht mit Ihrem Artikel in der „Gleichheit“ Nr. 19 vom 11. Juni 1913 „Eine Frauen-demonstration vor dem preussischen Abgeordnetenhaus“, den ich soeben, zurückgekehrt von Budapest, in die Hand bekomme. Keiner von uns wird es einfallen, für diese Frauen, die sich in widriger Reugier in das Kunstgewerbemuseum gedrängt haben, ein Wort der Verteidigung zu sagen, aber, geehrter Herr Doktor, wer gibt Ihnen das Recht, gerade diese Frauen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisation an die Rodschöhe zu hängen? Wissen Sie so genau, daß es lauter „bürgerliche“ Frauen waren, die diesen häßlichen Tanz aufführten? Und weiter, was hat dies im geringsten mit unserer großen Sache zu tun? Wahrlich, Herr Doktor, ich finde es nicht fair, wenn ein Mann, dessen Frau jahrelang neben uns in Reich und Glied gearbeitet und uns nun vor einigen Monaten verlassen hat, hergeht und den „Deutschen Damen“ solche Worte zu ihrem Kongress widmet!

Frau Frida Perlen - Stuttgart.

Genosse Breitscheid antwortete darauf:

Offen gestanden, geehrte Frau Perlen, begreife ich Ihre Erregung nicht. Ich habe gesagt, daß die „Demonstrantinnen“ von der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin das Material seien, mit dem die bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen das „Recht der Frau“ zu erlämpfen gedächten. Daß es nicht Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern waren, die sich vor den Hochgeitschächeln der Prinzessin drängten, ist selbstverständlich, da diese Frauen



etwas anderes zu tun haben. Zum Überflus habe ich mich davon aber auch durch den Augenschein überzeugt. Die Schaulustigen sind, was Sie ja auch den Berichten in der Tagespresse hätten entnehmen können, Angehörige des sogenannten besseren und des kleineren Bürgerstandes gewesen. Und daß es die bürgerlichen Damen sind, aus denen sich die Frauenstimmrechtsbewegung rekrutieren will, werden Sie ja doch um so weniger in Abrede stellen wollen, als der „Deutsche Verband für Frauenstimmrecht“ gerade dabei ist, durch Abschwächung seiner Wahlrechtsforderung sein Programm noch mehr als bisher auf die bekannten weitesten Kreise des Bürgertums zuzuschneiden.

Was meine Frau bei der Sache zu tun hat, ist mir vollends unverständlich. Ich würde meine Bemerkungen genau so gemacht haben, wenn sie noch Mitglied des Frauenstimmrechtsverbandes wäre und es nicht vorgezogen hätte, auszuscheiden, als im vorigen Jahre zu Weimar der erste verhängnisvolle Schritt in einer Richtung getan wurde, die den Interessen der Proletarierinnen direkt zuwiderläuft.

R u d. W r e i t s c h e i d.

### Frauenstimmrecht.

**I. K. Das Gemeindevahlrecht der Frauen im italienischen Parlament.** Die italienische Kammer hatte über ein neues Kommunalwahlrecht zu beraten. Dabei hat sie sich in einer ihrer letzten Sitzungen auch mit dem Frauenwahlrecht beschäftigt. Genosse Treves hatte eine Resolution eingebracht und begründet, in der die sofortige Eintragung der Frauen in die Wählerlisten zu den Gemeinderatswahlen verlangt wurde. Das Ergebnis der Beratungen war, daß etwa 180 gegen 30 Stimmen den Antrag ablehnten. Seit dem vorigen Jahre hat sich in der Kammer das Verhältnis zwischen Gegnern und Freunden des kommunalen Frauenwahlrechts kaum verschoben. Gewiß haben sich bei der letzten Abstimmung weniger Abgeordnete gegen das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde erklärt als im vergangenen Jahre. Damals gaben die Gegner des Frauenwahlrechts etwa 250 Stimmen ab, die Befürworter etwa 30. Der Rückgang der frauenrechtsfeindlichen Stimmen ist aber lediglich darauf zurückzuführen, daß heuer viele Abgeordnete Rom verlassen hatten, als es zur Entscheidung kam, weil diese in einer der letzten Sitzungen fiel. Aber auch nicht alle Anhänger des Frauenwahlrechts waren zur Stelle, so fehlten manche Parteigenossen. Die namentliche Abstimmung über den Antrag Treves wurde für ungültig erklärt, und das numerische Ergebnis des Votums vom nächsten Tage, das nicht namentlich war, ist nicht genau festzustellen. Das Ergebnis weist darauf hin, daß die Frage des Frauenwahlrechts alles in allem noch unverändert auf dem alten Fied steht. Trotzdem darf die letzte Behandlung der Forderung ein besonderes Interesse beanspruchen. Sie war für die Sozialdemokratie und die proletarische Frauenbewegung wichtig. Auch im italienischen Parlament wurde diesmal das Frauenwahlrecht vom Klassenstandpunkt aus betrachtet. Ab und zu liefen zwar bei den Verhandlungen die altbekannten abgeschmackten Wiße unter, es wurde über die Frage vom Niveau einer Salonplauderei geredet. Allein im großen und ganzen traten bei den Debatten die Bedürfnisse und Rechte der erwerbstätigen Frauen, der Lohnarbeiterinnen in den Vordergrund. Eingehend wurde ihr Interesse nachgewiesen, sich am öffentlichen und namentlich am kommunalen Leben zu beteiligen. Die Interessen und Rechte der breiten arbeitenden Frauenschichten hat Genosse Treves in einer langen, eindrucksvollen Rede glänzend vertreten. Vor allem wendete er sich gegen die Ausführungen des Regierungsvertreters G i o l i t t i. Dieser hatte ausgeführt, er habe zwar nichts gegen das Frauenwahlrecht, befürchte aber, die Frau sei an Bildung und Vertrautheit mit den Gesetzen und dem öffentlichen Leben nicht reif genug, Bürgerrechte auszuüben. Treves bewies, daß die Frau gerade des Wahlrechts bedürfe, um ihre Rückständigkeit zu überwinden, um dem Manne ebenbürtig gerüstet zur Seite zu stehen. Der Kapitalismus, der die Frau in den Produktionsprozeß hineinriß, habe nicht danach gefragt, ob sie rechtlich dem Manne gleichstehe. Er bedurfte der Frauenarbeit und hat das Weib denselben wirtschaftlichen Verhältnissen untertan gemacht wie den Mann. Treves sagte: „Heute gibt es in Italien etwa 5 bis 6 Millionen erwerbstätige Frauen, die mit den Männern Schulter an Schulter arbeiten. Die haben sich gesagt: da wir mit den Männern und sehr oft als Ersatz für Männer fronden, müssen wir auch dabei sein, wo es sich darum handelt, unsere Arbeit wie die der Männer durch Gebrauch von politischen Rechten zu schützen. Deshalb brauchen wir ebenso wie die Männer Koalitionsrecht, Streikrecht, die Möglichkeit, die Zollpolitik zu beeinflussen.“ Genosse Treves betonte den Unterschied zwischen der

Stellung der sozialistischen und bürgerlichen Abgeordneten zum Frauenwahlrecht. „Die bürgerlichen Abgeordneten, die für das Frauenwahlrecht sind,“ so erklärte er, „gehen von einer idealistischen Betrachtung aus, die sozialistischen betrachten die Forderung von einem streng materialistischen Standpunkt. Wir verlangen das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen unter denselben Voraussetzungen und unter denselben Bedingungen, unter denen es den Männern gewährt wird. Wir fordern das Wahlrecht für alle Frauen, denn wollte man es nur einer gewissen Schicht von ihnen zuerkennen, so würde das Recht der einen gegen das Recht der Mehrheit und Allgemeinheit der Frauen sein! Unsere Forderung hat nichts ‚Galantes‘ an sich: sie entspricht der Gleichheit der Interessen der weiblichen und männlichen Volksschichten: beide zusammen machen das Proletariat aus, das Rechte heischt, um den Klassenkampf durchzuführen. Für das ganze Proletariat verlangen wir das uneingeschränkte, volle Wahlrecht, weil wir genau wissen, daß die Männer und die Frauen der Arbeiterklasse — Opfer der nämlichen Ausbeutung, zu den gleichen Qualen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verurteilt, von der unerschütterlichen Hoffnung geleitet, durch den sozialistischen Kampf ihre Befreiung zu erringen — sich in brüderlicher Gesinnung als Genossen in dem gewaltigen Ringen für die Gerechtigkeit fühlen, das heißt: für den Sozialismus.“ Eindringlich hob Treves auch hervor, daß kein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem kommunalen und dem politischen Wahlrecht gemacht werden kann. Ein jeder Kampf, wo sich die Interessen der Ausbeutenden und Ausgebeuteten gegenüberstehen, wird letzten Endes ein politischer Kampf. Aber im alltäglichen Leben, für alles, was die Frau als wertschöpfende Arbeiterin, als Mutter und Hausfrau unmittelbar berührt, bedarf sie dringend des vollen Bürgerrechts in der Gemeinde. Es sei an die Beaufsichtigung und Versorgung der Kinder der Lohnarbeiterinnen erinnert, an das Schulwesen, die Beschaffung guter und billiger Lebensmittel, die Wohnungsverhältnisse usw. Deshalb haben die Sozialisten zunächst das Frauenwahlrecht in der Gemeinde beantragt, die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts muß folgen.

Bezeichnend ist, daß ein Merikaler Abgeordneter, Cor-naggia, das Frauenwahlrecht befürwortete. Er ist Vertreter eines industriellen Wahlkreises und muß „das Gesicht wahren“, daß auch er für die Rechte der Lohnarbeiterinnen eintritt. Außerdem hofft er darauf, daß die Proletarierinnen ebenso blindlings wie leider noch viele Proletarier den Lockungen der Schwarzen folgen werden. Dabei könnte er sich freilich bald verrechnen und auf die Dauer sicherlich. Im großen und ganzen läßt sich das Verhalten des italienischen Parlaments zum kommunalen Frauenwahlrecht ungefähr also zusammenfassen: Die Mehrheit der Abgeordneten hat geschwiegen und gegen die Forderung gestimmt. Nur die Sozialisten sind im Namen ihrer Partei für das Frauenwahlrecht eingetreten. Alle anderen Abgeordneten, die sich mehr oder weniger freundlich dazu stellten, konnten nicht im Namen einer Partei oder gestützt auf ein bindendes Programm sprechen. Sie haben das Frauenwahlrecht als eine Forderung vertreten, die eine besondere Beachtung und Behandlung verdiene, aber doch nicht drängt. Die von den Sozialisten Treves, Campanozzi, Ventini, Turati, Pescetti und anderen mehr unterzeichnete Resolution forderte dagegen die sofortige Eintragung der Frauen in die kommunalen Wählerlisten, ferner das Recht, alle aktiven und passiven Ämter zu bekleiden, die das bestehende Kommunalwahlrecht in sich begreift. Genosse Turati sprach zur Frage mit dem ihn auszeichnenden Sarkasmus und Nachdruck. Der bevorstehende Wahlkampf wird bestätigen, was die Verhandlungen im Parlament zeigten: daß auch in Italien die Sozialdemokraten die zuverlässigsten Kämpfer für das Recht aller Frauen sind. Im Aufruf zu den nächsten Wahlen wird die Forderung des allgemeinen politischen und kommunalen Wahlrechts für die Frauen enthalten sein. Die leidenschaftliche Beteiligung der Genossinnen am Wahlkampf wird ihr nicht fehlen. Angelika Dalabanoff.

Der Posten der zweiten Vorsitzenden in der Hauptverwaltung des Verbandes der Hausangestellten ist sofort oder spätestens am 1. Oktober zu besetzen. Die zweite Vorsitzende hat auch die Redaktion des Verbandsorgans zu übernehmen.

Gehalt nach Übereinkunft. Bewerbungen sind bis zum 20. August erbeten an den Verbandsvorstand, Berlin SO 16, Engelhofer 21 III.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Jekin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.